

DKP-Informationen

Nr. 6/2018 – 10. Oktober 2018

4. Tagung des Parteivorstands der DKP 6./7. Oktober 2018, Essen

Referat Beschlüsse

Herausgegeben vom Parteivorstand der DKP
Hoffnungstraße 18, D - 45127 Essen
- Eigendruck -
Kostenbeteiligung: 1,50 Euro (zuzügl. 1,50 Euro Porto)

4. Tagung des Parteivorstands der DKP

6./7. Oktober 2018, Essen

Inhalt

1. Tagesordnung
2. Referat zu aktuellen Entwicklungen und zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der DKP
Referent: Olaf Harms, Sekretär für Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der DKP
3. Beschlüsse
4. Weitere Materialien

Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung und Beschlusskontrolle
2. Referat zu aktuellen Entwicklungen und zur B&G-Politik der DKP, Referent: Olaf Harms, Sekretär für Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der DKP
3. Auswertung des 20. UZ-Pressfestes
4. EU-Wahlen
5. Aussprache zum Referat der 3. PV-Tagung
6. Weitere Beschlussfassung
7. Schlusswort

4. Tagung des Parteivorstands der DKP

6./7. Oktober 2018, Essen

- Es gilt das gesprochene Wort.

Referat zu aktuellen Entwicklungen und zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der DKP

Olaf Harms, Sekretär für Betriebs- und Gewerkschaftspolitik der DKP

Liebe Genossinnen und Genossen,

es stimmt natürlich - auch weil es in der UZ stand -, dass Patrik die Zahl von über 27.000 Unterschriften, die wir glaubten gesammelt zu haben, auf dem UZ-Pressfest mit einem gewissen Stolz bekannt gegeben hatte. Gleichzeitig war er aber auch etwas geknickt, weil er zuvor immer sicher war, dass wir die 30.000 knacken. Dann die Überraschung, die uns zu einer Richtigstellung zwang: Während des Aufbaus hatte sich die Post in der Hoffnung Straße gestapelt. Die DKP hat mehr als 32.000 Unterschriften unter den Appell „Abrüsten statt aufrüsten“ gesammelt. Nun, besser so herum korrigieren als anders herum. Ja, wir sind stolz auf unsere Partei und wir gratulieren der ganzen Partei zu diesem Erfolg!

Zu diesem hervorragenden Ergebnis beigetragen haben aus meiner Sicht auch unsere Friedensinformationen sowie unsere Bildungszeitung „Kommunisten und der Kampf um Frieden“. Bei manch einem ist der Eindruck entstanden, dass wir uns einseitig auf die NATO fokussieren würden. Oder dass wir zu wenig über die Bundeswehr im Innern, die deutsche Rüstungsproduktion oder die zwischenimperialistischen Widersprüche sowie die innerhalb des deutschen Monopolkapitals aussagen würden. Bei allem Verständnis für diese Hinweise war doch das Ziel, innerhalb einer relativ kurzen Zeit ein prägnantes Material zu erstellen. Dass solche Punkte bei einer Überarbeitung Berücksichtigung finden können, steht doch außer Frage.

Wir sind nach wie vor der Meinung, dass der Aufruf „Abrüsten statt Aufrüsten“ das Potential hat, eine notwendige Formierung der Friedensbewegung zu befördern.

Das hat eine inhaltliche Komponente. Der Kampf gegen die Erhöhung der Rüstungsausgaben zielt gegen die drei Bestandteile der Strategie des deutschen Imperialismus: gegen die NATO-Einordnung, gegen die EU-Militarisierung und gegen die nationale Hochrüstung der Bundeswehr. Der Aufruf lässt sich inhaltlich einordnen, zum Beispiel mit den

wichtigen Orientierungen „Raus aus der NATO“ oder „Frieden mit Russland“. Die Form der Unterschriftensammlung gibt uns die Chance, organisiert die Diskussion auf die Straße zu tragen. Der Aufruf hat, auch von den Unterzeichnern her, sehr gute Ansätze, um ihn in Betriebe und Gewerkschaften zu tragen. Der DGB hat auf seinem Bundeskongress im Mai dieses Jahres ebenfalls beschlossen, die Kampagne zu unterstützen. Der Aufruf kann deshalb zur Politisierung der Arbeiterbewegung beitragen und helfen, Arbeiter- und Friedensbewegung zusammen zu führen. Und er kann ein Instrument, ein gemeinsamer Nenner für die Formierung der Friedensbewegung in Stadtteilen, Schulen, Universitäten und Betrieben sein.

Ich denke, wir sollten auch die Diskussion in die Friedensbewegung tragen, dass es in Zeiten von sozialen Netzwerken im Internet trotzdem nicht von geringer Bedeutung ist, die Menschen auf der Straße anzusprechen.

Wir selbst sind an die Sammlung als Kampagne herangegangen. Eine Kampagne hat den Vorteil, dass sie Stärken und Schwächen zu Tage bringt. Eine Stärke ist sicher das Ergebnis. Luft nach oben gab es aber wohl bei der planmäßigen Herangehensweise der Gruppen, bei der gemeinsamen Aktionstätigkeit der Gruppen.

Wir hatten auf mindestens zwei Sammelaktionen jeder Gruppe, dem Ringen um öffentliche Gruppenabende und das geplante Hineintragen der Diskussion in Betriebe und Gewerkschaften orientiert. Wir wollten die Integration in bestehende Arbeitspläne bzw. die Nutzung der Kampagne zur Wiedereinführung von Arbeitsplänen. Hier sehen wir überall noch Luft nach oben, hier halten wir ein kritisches Aufarbeiten der bisherigen Erfahrungen in den Gruppen, aber auch in den Leitungen, für sinnvoll und notwendig. Das auch, weil wir vorschlagen, dieses kampagnenhafte Herangehen noch fortzusetzen entweder bis zu den dezentralen Aktionstagen der Friedensbewegung am ersten Novemberwochenende oder bis zum Luxemburg-

Liebkecht-Wochenende – das sollten wir in dieser PV-Tagung entscheiden.

Innerhalb der Friedensbewegung vertreten wir die Position, dass der Aufruf in jedem Fall auch im Jahr 2019 weitergeführt werden sollte. Die Pläne der jährlichen Erhöhung der Rüstungsausgaben reichen jetzt schon bis zum Jahr 2024 – der Kampf dagegen muss also fort dauern. Eine Beendigung unserer Kampagne hat deshalb auch nichts mit einem Ende der Sammlung zu tun. Wir werden nur ab Januar sicherlich, vorausgesetzt wir beschließen auf dieser PV-Tagung die Kandidatur, die Sammlung der Unterstützungsunterschriften für unsere Kandidatur zu den EU-Wahlen vor der Brust haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 26. August wurden uns durch die Medien erschütternde Bilder übermittelt. Sie zeigen eine regelrechte Hetzjagd eines entfesselten Mobs auf Migranten. Danach prägte das Medienbild ein sogenannter Chef des Verfassungsschutzes, der die Hetzjagd bestritt und bürgerliche Politiker, wie Seehofer, der solches Tun relativiert. Unsere Haltung ist klar: Diese Angriffe, diese Hetzjagd ist durch nichts zu entschuldigen. Nicht die Migranten sind das Problem, sondern der Rassismus.

Und wir gehen einen Schritt weiter. Ursache des Problems ist dieses Gesellschaftssystem, ist der Kapitalismus, ist dieser deutsche Imperialismus. Ausweitung des Niedriglohns, Lohndumping, Wohnungsmangel vor allem in den Metropolen und weitere Angriffe auf die sozialen und demokratischen Rechte der Arbeiterklasse und breiten Bevölkerungsteilen sind doch durch die Profitinteressen der Konzerne in diesem Land verursacht.

Solange dieses Land drittgrößter Waffenproduzent und Waffenexporteur der Welt ist, solange kann ich nachvollziehen, dass Menschen, die in deutsche Waffenläufe schauen, fliehen und Schutz vor Gewalt suchen. Solange unsere Bauern mit ihren Kartoffeln den afrikanischen Markt überfluten, solange kann ich verstehen, dass Menschen fliehen und Schutz vor Hunger suchen. Solange dieses Land Exportweltmeister ist und durch positive Handelsbilanzen Armut in anderen Ländern erzeugt, solange kann ich verstehen, dass Menschen fliehen und Schutz vor Armut und Elend und eine Perspektive für ihre Kinder suchen.

Flucht und Migration sind kein Naturgesetz, sondern aktuell vor allem das Ergebnis einer Politik der imperialistischen Staaten, um andere Länder durch Sanktionen, Freihandelsab-

kommen und Kriege zu unterwerfen. Diese Politik des Neo-Kolonialismus treibt die Bundesregierung aktiv voran.

Sie reiht sich ein in die NATO-Front gegen Länder wie Russland und China, die das ökonomische, politische und militärische Potenzial haben, diesem Welt Machtstreben Grenzen zu setzen. Die Merkel-Regierung ist somit ein Fluchtverursacher. Ziel und Zweck ihrer Regierungspolitik ist es doch, den 2015 zwischenzeitlich stark anwachsenden Zuzug von Geflüchteten, aber auch Migranten aus der EU, zu nutzen, um dem deutschen Kapital billige Arbeitskräfte zur optimalen Ausbeutung zur Verfügung zu stellen.

Und auch innerhalb dieses Landes geschieht ähnliches. Kapital und Regierung sind es doch, die verantwortlich sind, dass seit der Konterrevolution in der DDR die Menschen in sozialer und politischer Hinsicht zu Menschen zweiter Klasse abgestempelt wurden. Die Menschen auf dem Gebiet der DDR mussten dabei nicht nur einfach massive soziale Einbußen und Verarmung hinnehmen, sie wurden ihres Volkseigentums, ihrer Geschichte und damit auch ihrer Heimat beraubt.

Es ist gut, dass nur wenige Tage nach der Hetzjagd in Chemnitz ein Konzert unter dem Motto „wir sind mehr“ und 65.000 Teilnehmern stattgefunden hat. Ähnliches geschah auch in anderen Regionen und Städten. So auch in Hamburg, wo eine Demonstration mit über 10.000 Teilnehmern gegen eine Veranstaltung von 178 Nazis und Rechtspopulisten stattfand.

Der Grund für diese Teilnahme ist in der Tat eine mehr als nachvollziehbare Empörung über die Geschehnisse in Chemnitz. Aber Empörung allein reicht nicht aus. Insofern ist der Kommentar von Patrik in der UZ zu unterstreichen: „Wir begrüßen es sehr, wenn Menschen gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus auf die Straße gehen. Wir sind dabei, mit unseren Inhalten. Wir fragen nach den Ursachen von Krieg, Flucht und Armut, wir benennen die Verursacher und Profiteure von Krieg, Flucht und Armut und wir zeigen auf, dass bei diesen Profiteuren das Geld zu holen ist, mit dem der Verschärfung der Konkurrenz unter den ausgebeuteten entgegengewirkt werden kann.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

Anfang September wurde der Grundstein für die Sammlungsbewegung „Aufstehen für ein friedliches und gerechtes Land“ gelegt. Ziel dieser Bewegung sind andere politische Mehrheiten und eine neue Regierung mit sozialer

Agenda. Dafür sollen Mitglieder der SPD, der Grünen, der Linken, Parteilose und Nichtwähler gewonnen werden. Diese Sammlungsbe-
wegung scheint eine Reaktion auf den stärker
werdenden Rechtspopulismus zu sein. Sie ist
der Versuch, linke Mehrheiten für tiefgreifende
Veränderungen zu schaffen. So richtig aber
das Aufstehen für ein gerechtes und friedliches
Land ist, so wenig helfen Illusionen, ein sol-
ches Land sei ohne härteste Klassen- und
Massenkämpfe zu erreichen. Tiefgreifende
Veränderungen wird es ohne Eingriffe in die
Macht und Eigentumsrechte des Großkapitals
nicht geben.

Dennoch: sollte diese Bewegung aus dem In-
ternet heraustreten und in der realen Welt
existieren, sollte diese Bewegung aktiv werden
gegen Armut und Elend, gegen Wohnungsnot
und Pflegenotstand, dann wissen Sie auch
uns, die Kommunistinnen dieses Landes, an
ihrer Seite. Wir suchen mit Ihnen wie auch in
Gewerkschaften, in der Friedensbewegung
oder in sozialen Bewegungen die Diskussion
und die Aktionseinheit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auf der letzten Tagung des Parteivorstands
haben wir noch erklärt, dass wir die streiken-
den Kolleginnen und Kollegen an den Uniklini-
ken in Essen und Düsseldorf unterstützen
werden. Heute können wir feststellen: es ist
ein Ergebnis erzielt worden, der Kampf hat
sich gelohnt. Doch bevor ich zu diesen Ergeb-
nissen komme, lasst mich etwas allgemeiner
werden, wozu ich auf ein Referat bei unserem
gewerkschaftspolitischen Forum aus dem Jahr
2016 zurückgreife.

Die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
ver.di hat schon seit Jahren und mit eigenen
Untersuchungen auf die katastrophale Situati-
on hingewiesen. Im Jahr 2013 wurde festge-
stellt, dass bundesweit rund 162.000 Vollzeit-
stellen, das sind knapp 20 Prozent aller Voll-
zeitstellen in Krankenhäusern, fehlen. Auf die
Pflege entfallen 70.000 und auf alle anderen
Dienstarten, zum Beispiel medizinisch-
technischer Dienst oder Haustechnik, 92.000
Stellen.

Im Jahr 2015 wurde festgestellt, dass auf fast
56 Prozent der Stationen eine Fachkraft allein
arbeitet und sie durchschnittlich 25
PatientInnen versorgt. In der Nachtschicht eine
ungestörte Pause zu haben war nur rund 25
Prozent vergönnt. Und in 2016 wurde festge-
stellt, dass die Beschäftigten in Krankenhäu-
sern rund 35,7 Millionen Überstunden vor sich
herschoben. Um dauerhaft Überstunden zu
vermeiden wären allein dafür rund 17.800

zusätzliche Stellen in den Krankenhäusern
notwendig.

Die Ursachen für diese Situation haben Na-
men. Eine Ursache liegt in dem sogenannten
im Jahr 2003/2004 eingeführten DRG-System
(Diagnosis Related Groups) bzw. den diagno-
sebezogenen Fallgruppen/Fallpauschalen.
Diese Fallgruppen werden gebildet durch me-
dizinische sowie demographische Daten von
Patienten im Zusammenhang mit den durchge-
führten Tätigkeiten im Krankenhaus und sind
Grundlage für die Abrechnung mit den jeweils
zuständigen Kostenträgern, letztlich ist es ein
Klassifikationssystem für eine fallbasierte pau-
schalierte Abrechnung.

Die Einführung dieses Systems hatte letztlich
zum Ziel, einen wesentlichen Teil des Ge-
sundheitswesens, hier die Krankenhäuser,
markt- und wettbewerbsfähig zu machen. Ein
wesentlicher Bestandteil war das Ziel, den bis
zu diesem Zeitpunkt vorhandenen Anstieg der
Ausgaben nicht nur zu begrenzen, sondern
durch Wettbewerb der Krankenhäuser unterei-
nander zu reduzieren. Dazu galt es, gesetzli-
che Regelungen zum Beispiel bei Personal-
zahlen abzubauen sowie einen Anreiz zur
früheren Entlassung zu bieten oder anders
ausgedrückt, die Verweildauer der Patientin-
nen im Krankenhaus zu verkürzen.

Mithin sollten Überkapazitäten durch Betten-
abbau und Krankenhausschließungen abge-
baut und mehr Effizienz durch Konkurrenz er-
zielt werden. Um eine Konkur-
renz zu ermöglichen, mussten einheitliche
Fallgruppen definiert werden. Hinzu kommt,
dass tatsächlich nur erfolgte Behandlungen
vergütet werden, nicht jedoch Vorhaltekosten,
wie zum Beispiel Raum- und Gerätekosten
sowie Kosten der Verwaltung. Bei diesen Fall-
gruppen bzw. Fallpauschalen handelt es sich
zudem noch um Festpreise, also nicht um
Marktpreise. Tarifierhöhungen, steigende
Energiekosten oder zusätzliches Verwaltungs-
personal wirken sich nicht auf diese Festpreise
aus. Die Folge ist, dass das Preisniveau nicht
den tatsächlichen Behandlungskosten ent-
spricht, und damit zusätzlichen Druck zur Kos-
tenreduzierung, hier im Wesentlichen im Per-
sonalbereich, ausgeübt wird.

Hinzu kommt der so genannte Kellertreppeneffekt, welche der Logik der
DRGs/Fallpauschalen entspricht. Diese wer-
den auf der Grundlage der aktuellen Kosten
einer geringen Anzahl von Referenz-
Krankenhäusern errechnet. Krankenhäuser mit
überdurchschnittlichen Kosten werden zur Ab-
senkung ihrer Ausgaben gezwungen. Der
größte „Kostenfaktor“ ist die Pflege und als

Folge ein Personalabbau. Wenn dann nach erfolgreichen Rationalisierungsmaßnahmen und Kostensenkungen die DRGs erneut berechnet werden und im Preis sinken bedeutet das wiederum, dass diese DRGs Maßstab werden und erneut zu Kostensenkungen zwingen. So dreht sich die Spirale immer weiter nach unten - zulasten von Beschäftigten und PatientInnen.

Aus heutiger Sicht kann festgestellt werden, dass das Ziel der Begrenzung des Ausgabenanstiegs nicht erreicht wurde, sondern im Gegenteil, die Ausgabensteigerungen sind größer als vor der Einführung. Hingegen wurde die Verweildauer erheblich verkürzt. Betrug sie noch im Jahre 1991 14 Tage sind es im Jahre 2014 nur noch 7,4 Tage, was einer negativen Veränderung von rund 47 Prozent entspricht. Diese Verkürzung ist aber eben nicht patientengerecht, sondern nach ökonomischen Vorgaben ausgerichtet.

Und auch die Effizienz konnte durch Konkurrenz gesteigert werden. Auch hierzu nur einige wenige Zahlen für den Zeitraum 1991 bis 2014.

Hier können wir zwar einen Anstieg der Beschäftigtenzahlen von rund 6 Prozent feststellen. Werden diese aber in Vollzeitäquivalente umgerechnet, so ergibt sich ein Rückgang von rund 2 Prozent. Das bedeutet also nichts anderes, als dass auch hier mehr und mehr Arbeitsverhältnisse in Form von Teilzeit Befristungen mit allen negativen Folgen Einzug halten. Diesem gering anmutenden Defizit steht eine gewaltige Steigerung der Fallzahlen von über einer 31 Prozent gegenüber. Immer mehr Patientinnen werden von immer weniger Pflegekräften betreut.

Eine andere Ursache für die eingangs erwähnten Untersuchungsergebnisse von ver.di liegt in der Privatisierung von Krankenhäusern. Hier können wir drei Formen unterscheiden:

* Erstens eine formale Privatisierung, bei der der Staat noch die öffentliche Trägerschaft besitzt bei einer weitgehenden Autonomie des Managements. Hier werden die Krankenhäuser unter eigenständige und (oft) private Rechtsformen gestellt. Im Zeitraum von 2002 bis 2014 wuchs der Anteil der privatrechtlich organisierten öffentlichen Krankenhäuser um über 50 Prozent (von 231 auf 350).

* Zweitens die Auslagerung von Dienstleistungen an andere Unternehmen, sowohl extern an eine Fremdfirma als auch intern an ein Tochterunternehmen. Im Zeitraum von 2004 bis 2007 wurden in allen Krankenhäusern

folgende beispielhaft genannte Bereiche outgesourct: Reinigung mit über 53 Prozent, Küche mit über 40 Prozent und Labore mit rund 27 Prozent.

* Und drittens die materielle Privatisierung, also der Verkauf öffentlicher Krankenhäuser an private Träger. Hier können wir zeitlich zwei Entwicklungen feststellen. Zum einen ab 1991 eine Privatisierungswelle vorwiegend in Ostdeutschland, die sich in einer zweiten Welle auf die ganze Bundesrepublik ausdehnte, wobei Kennzeichen dieser Welle vor allem die Privatisierung von großen Krankenhäusern bzw. die Übernahme von oder Fusionen mit privaten Krankenhäusern ist.

Betrachten wir die Zeitachse von 1991 bis 2014, so sind folgende Kennzahlen signifikant: 1991 gab es 1.110 Krankenhäuser in öffentlicher Hand und 358 private Krankenhäuser. Die Steuerung des Gesundheitswesens und damit der staatlichen Daseinsvorsorge hatte damit auch aufgrund dieses Zahlenverhältnisses positive Auswirkungen. Das hat sich grundsätzlich verändert. So können wir im Jahre 2014 feststellen, dass sich zum einen die Anzahl der Krankenhäuser um 12,5 Prozent reduziert hat. Und auch das Verhältnis zwischen privat und öffentlich hat sich grundlegend geändert. So waren zu diesem Zeitpunkt nur noch 589 Krankenhäuser unter staatlicher Trägerschaft, während die Anzahl der privaten auf 695 gestiegen ist.

Doch neben den öffentlichen und privaten Krankenhäusern gibt es noch einen dritten Träger, nämlich die freigemeinnützigen Krankenhäuser. Von den insgesamt 1.980 Krankenhäusern entfallen rund 35,2 Prozent (696) auf im Wesentlichen christliche Träger.

Ursache für die Privatisierung war und ist die Unterfinanzierung von Krankenhäusern, verstärkt durch die Steigerung der Kosten im Gesundheitswesen beispielhaft durch die Pharma- und Geräteindustrie und nicht zuletzt durch das Instrument der Schuldenbremse. Dies hatte einen kontinuierlichen Rückgang der öffentlichen Krankenhausinvestitionen von 3,6 Milliarden Euro in 1991 auf 2,8 Milliarden Euro in 2009 zur Folge.

Hinzu kommt die Neuregelung der Krankenhausfinanzierung. Seit 1993 wurde vom Kostendeckungsprinzip zu gedeckelten Budgets umgestellt und 2003/2004 wurden die DRGs/Fallpauschalen eingeführt. Folge war eine Zunahme defizitärer Krankenhäuser. Die politisch gewollte und geförderte Ökonomisierung von Krankenhausleistungen hat Folgen, sowohl für die PatientInnen als auch für

die Beschäftigten, mithin für weite Teile der Arbeiterklasse.

Die Steuerung des Gesundheitswesens, hier der Krankenhäuser, durch das Primat der Finanzen führt dazu, dass derjenige ökonomisch rational handelt, der erstens möglichst wenig Kosten pro Fall produziert, denn dann ist der Gewinn am höchsten; der zweitens möglichst viele Fälle behandelt, bei denen ein Gewinn sicher ist und drittens möglichst Fälle vermeidet, bei denen ein Verlust wahrscheinlich ist.

PatientInnen werden Mittel zum Zweck; überspitzt ausgedrückt: der Mensch wird zum bloßen Objekt, zur Ware. Nicht der medizinisch notwendige Bedarf steht im Vordergrund, sondern das Ziel, Kosten zu reduzieren bzw. Profite zu erzielen. Das einzige Interesse besteht darin, die PatientInnen entsprechend der geltenden Fallgruppen zu klassifizieren, entsprechend zu versorgen und pauschal abzurechnen. Das führt zwangsläufig zu kürzeren Krankenhausaufenthalten, oder mit anderen Worten ausgedrückt, zu blutigen Entlassungen. Die Fallpauschalen sind Basis für die Strukturierung aller Teilprozesse im Krankenhaus. Sie führen in Fällen mit hohem pflegerischen/therapeutischen Betreuungsbedarf zu Unterversorgung, weil dieser in den Fallpauschalen kaum abgebildet wird. Sie führen zu einer Fehlversorgung aufgrund von medizinisch nicht indizierten Fallzahlsteigerungen bei Operationen.

Die Privatisierung von Krankenhäusern führt zu schlechteren Personalschlüsseln von Ärzten/Pflegepersonal zu Patienten bis hin zur Gefährdung einer wohnortnahen Versorgung, da nur die Krankenhäuser überlebensfähig sind, die Gewinne erwirtschaften.

Für die Beschäftigten kann festgestellt werden: Eine enorme Arbeitsverdichtung dadurch, dass mit weniger Personal mehr Patienten bei kürzeren Verweildauer gepflegt/betreut werden müssen. Durch die Kommerzialisierung wird das Krankenhaus zur Fabrik, in dessen Folge Arbeitsprozesse zerlegt (taylorisiert) werden und die Arbeit am und mit dem Menschen mehr und mehr einer Fließbandarbeit gleicht.

Die Spaltung der Belegschaften wird durch Outsourcing und Leiharbeit, aber auch durch das Ausspielen von lukrativen zu defizitären Abteilungen bewusst und gewollt befördert. Der ohnehin vorhandene Arbeitsdruck wird durch drohende Privatisierungen erhöht, was wiederum deutliche Auswirkungen auf Tarifbindung und Tarifniveau ausübt. Deutlich wird das darin, dass im Jahr 2007 nur 0,5 Prozent der öffentlichen Krankenhäuser keinen

Tarifvertrag hatten, während es bei den privaten 24 Prozent waren. Wir können davon ausgehen, dass sich diese Zahlen bis zum heutigen Tag durch Tariffucht nicht verbessert haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit den Kämpfen um Personalbemessung wird endlich gefragt, wieviel Personal für ein Gesundheitswesen notwendig ist, das für Patienten und Beschäftigte erforderlich ist – anstatt zu fragen, was sich rentiert. Ein wichtiger Schritt.

Diese Auseinandersetzung und vor allem ein Erfolg durch Tarifvereinbarungen über Personalbemessung kann Ausstrahlung auf viele andere Branchen haben. Die Frage nach Personalbemessung stellt sich doch auch dort.

In den Krankenhäusern ist es die Anzahl der PatientInnen, für die eine Pflegekraft zuständig ist. Im Einzelhandel ist es die Fläche der Quadratmeter, die ein Verkäufer zu betreuen hat. In der Versicherung oder dem Finanzamt ist es die Anzahl der Akten, die zu bearbeiten sind. Im technischen Kundendienst ist es die Anzahl der Kunden, die zu betreuen sind. Die Beispiele ließen sich fortführen.

Wenn es also gelingt, den Kampf um Personalbemessung in den Krankenhäusern zu gewinnen, dann gibt es reale und gute Chancen, dieses Beispiel auch in anderen Branchen mit entsprechenden Tarifforderungen fortzuführen.

Neben der Arbeitszeit (Dauer der Ausbeutung) und dem Lohn (Höhe des Mehrwerts) können wir mit dem Thema der „Personalbemessung“ die Intensität der Ausbeutung beeinflussen. Und letztlich dazu beitragen, dass die Kolleginnen und Kollegen ihre Freizeit und letztlich ihren Ruhezustand erreichen und genießen können.

Lass mich nun zu den in Arbeitskämpfen erzielten Ergebnissen kommen. An dieser Stelle darf ich etwas weniger ausführlich werden und dafür auf die nächste Ausgabe der Marxistischen Blätter hinweisen, in der das ausführlicher dargestellt wird.

Erreicht wurde, dass ab dem 01.10.18 auf allen Stationen inklusive der Intensivstationen und anderen Abteilungen verbindliche Sollbesetzungen in den Schichten gelten. Diese Sollbesetzungen werden bis zum 31.10.19 um 140 Stellen angehoben. Und auch der nicht-pflegerische Bereich, zum Beispiel Krankentransport oder Reinigung, wird um weitere 40 Stellen aufgebaut. Als weitere

Sofortmaßnahme konnte erreicht werden, dass mit Ausnahme von Kleinststationen auf allen Stationen jetzt mindestens zwei Pflegefachpersonen in der Nacht arbeiten. Die Verteilung dieser neuen Stellen wird mit der Interessenvertretung und der Gewerkschaft verhandelt. Nach 12 bis 18 Monaten werden die Sollbesetzungen ersetzt durch verbindliche Regelbesetzungen. Dazu werden Personalbedarfsermittlungssysteme eingeführt.

Vereinbart wurde, dass bei Unterschreitung der Sollbesetzungen in den Schichten verbindliche Konsequenzen greifen. Das fängt bereits in der Dienstplanung an. Wird dort eine Unterschreitung festgestellt und werden keine Maßnahmen ergriffen, damit genug Personal vorhanden ist, dann müssen PatientInnen verlegt oder nicht mehr aufgenommen werden, Betten gesperrt oder OP-Kapazitäten reduziert werden. Und wenn nach der Planung in der akuten Situation Personal ausfällt, muss nach drei Schichten ebenfalls das Arbeitsaufkommen reduziert werden, also wiederum die Anzahl der Patientinnen reduziert werden.

Und auch die Ausbildungssituation hat sich wesentlich verbessert. Ab sofort werden die Auszubildenden nicht mehr zur Kompensation von Personalausfall missbraucht, sie können bei fehlendem Personal nicht mehr in andere Bereiche versetzt werden und sie dürfen nicht mehr alleine arbeiten. In allen Gesundheitsberufen in der Ausbildung werden 10 Prozent der praktischen Ausbildungszeit verbindlich als Praxisanleitung im Dienstplan geplant und sowohl die Auszubildenden als auch die Ausbilderinnen/Praxisanleiterinnen dafür freigestellt.

Ein weiteres wesentliches Ergebnis ist, dass vereinbart wurde für rund 800 tariflos Beschäftigte in Tochtergesellschaften in Düsseldorf endlich Verhandlungen für einen Tarifvertrag aufzunehmen.

Soweit die Ergebnisse die Unikliniken in Essen und Düsseldorf betreffend. Unmittelbar danach gab es auch Ergebnisse an der Uniklinik im Saarland. Zusätzlich zu den bereits erwähnten Ergebnissen ist es dort gelungen, einen individuellen Entlastungsausgleich, einen Rechtsanspruch, für den einzelnen Beschäftigten durchzusetzen, der zu einer bezahlten Freischicht im Folgedienstplan führt, wenn acht Tage in unterbesetzten Schichten gearbeitet wurde.

Auch wenn eine direkte Entlastung bei den Beschäftigten nicht morgen oder übermorgen, sondern später und sukzessive eintritt, so sind doch die Ergebnisse äußerst positiv zu bewerten.

Neben diesen Ergebnissen sind als Erfolg all die Erfahrungen, die gemacht wurden, zu bewerten: Das Bewusstsein und Selbstbewusstsein, das hunderte Streikende gewonnen haben und der Zusammenhalt über die Berufsgrenzen hinweg, der in dem Kampf entstanden ist. All dies ist für die Zukunft und die Situation der Beschäftigten noch viel entscheidender als das materielle Ergebnis. So die Kollegin Alexandra Willer vom Uniklinikum Essen, deren Bewertung ich mich nur anschließen kann.

Darüber hinaus stelle ich fest: Die Beschäftigten haben sich nicht spalten lassen in pflegerische und nichtpflegerische Bereiche. Sie haben solidarisch nicht nur für die eigene Situation, sondern auch für Kolleginnen und Kollegen in Tochtergesellschaften ein Ergebnis erreicht, und damit der vorherrschenden Standortlogik etwas entgegengesetzt. Sie haben erreicht, dass das Primat, dass das Kapital allein entscheidet, wie viel Personal es wo einsetzt, aufgeweicht wird. Sie haben die Ausbildungsqualität durch Freistellung von der Arbeit für Auszubildende und Ausbilderinnen verbessert.

Allein diese Erfolge werden nicht nur in der Branche beispielhaft sein, sondern weisen weit darüber hinaus. Und nicht zuletzt haben sie es erreicht, dass unter Berücksichtigung von Personalstandards der medizinischen Fachgesellschaften und mittels entsprechender Ermittlungssysteme, wie zum Beispiel der alten Pflegepersonalregelung (diese dann aktualisiert auf die heutige Situation), verbindliche Regelbesetzungen erreicht werden, die einen wirklichen Zusammenhang zwischen Patientinnenanzahl/Arbeitsaufwand und notwendigem Pflegepersonal darstellen.

Allein das geht weit über das hinaus, was die Gesetzesvorlage von Gesundheitsminister Spahn zukünftig regeln will. Dieser Gesetzesentwurf zementiert den Pflegenotstand und die schlechten Arbeitsbedingungen. Er orientiert sich bei der Versorgung der PatientInnen an dem schlechtesten Viertel aller deutschen Krankenhäuser. Die im Gesetz enthaltenen vorgeschriebenen Personaluntergrenzen sind nur für vier Bereiche und schreiben mit einer Ausnahme in allen Bereichen eine Besetzung vor, die eher zu Verschlechterungen und Personalabbau führt denn zu Verbesserungen.

Deshalb ist dieses Ergebnis eine echte Unterstützung für die Initiativen, die mittels Volksbefragung eine bessere Personalbemessung erreichen wollen. Zurzeit gibt es solche Initiativen in Berlin und Hamburg. Im Bayern steht man vor dem ersten Schritt der erforderlichen Sammlung von Unterschriften. In Bremen und Schleswig-Holstein, aber auch in

Nordrhein-Westfalen gibt es Überlegungen, solche Volksbefragungen durchzuführen. Unsere Partei steht dabei an der Seite dieser Initiativen.

Mit den Ergebnissen in Essen, Düsseldorf und Homburg sind wirklich erste Schritte erreicht worden. Und dabei liegt die Betonung auf erste. Für uns als Kommunistinnen und Kommunisten ist klar, dass die Forderungen weitreichender sein müssten, aber das Bewusstsein der Arbeiterklasse dafür noch nicht weit genug ist. So ist nicht nur für eine Personalbemessung entsprechend des realen Bedarfes zu streiten, sondern die Ursachen müssen angegangen werden. Das bedeutet, dass die Fallpauschalen endlich der Vergangenheit angehören müssen und das nicht nur die weitere Privatisierung von Krankenhäusern gestoppt, sondern darüber hinaus auch die bereits privatisierten Krankenhäuser wieder in die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgeholt werden müssen.

Darüber hinaus ist insgesamt die Frage aufzuwerfen, ob nicht ein Gesundheitssystem, welches die Vorsorge und Verhinderung von Krankheiten in den Mittelpunkt rückt, besser ist, als das jetzige, welches neben einigen Vorsorgeuntersuchungen „lediglich“ Krankheiten behandelt. Doch dazu bedarf es aus meiner Sicht einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Mit der Verknüpfung von tagesaktuellen Forderungen, wie der nach Personalbemessung, mit weit über dieses System hinaus reichenden Forderungen könnten wir Bewusstsein innerhalb der Arbeiterklasse für ein Gesellschaftssystem schaffen, in dem der Mensch im Mittelpunkt steht, und nicht der Profit. Das ist der Sozialismus.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst mich zum Thema Arbeitszeitverkürzung nur ein paar Erkenntnisse darlegen, die ich auf der zentralen Runde auf dem Pressefest gewonnen habe. Grundsätzliche Ausführungen sind in unseren Broschüren zum Thema veröffentlicht.

Schon mehrfach haben wir in Diskussionen auf den letzten Tagungen des Parteivorstandes auf den Tarifabschluss der EVG hingewiesen. Dieser sah eine Wahlmöglichkeit zwischen Entgelterhöhung bzw. Arbeitszeitverkürzung in Form von zusammenhängenden Tagen für die Beschäftigten vor. Von dieser Wahlmöglichkeit haben fast 70 Prozent der Beschäftigten die Arbeitszeitverkürzung, also mehr Urlaub, genutzt. Es handelt sich dabei um eine zwar

tarifvertraglich geregelte aber dennoch individuelle Arbeitszeitverkürzung.

Nach Schätzungen macht die Inanspruchnahme dieser Arbeitszeitverkürzung etwa rund 2.500 bis 3.000 Stellen aus. Ein gewisses Problem bei der Ermittlung dieser Zahl ist, dass die Deutsche Bahn AG laufend einstellt. Zurzeit sind bei diesem Unternehmen rund 202.000 Kolleginnen und Kollegen beschäftigt. Und die EVG bereitet sich bereits auf die nächste Tarifrunde mit dem Motto „Mehr für Alle“ vor. In deren Vorbereitung zeigt sich, dass Arbeitszeitverkürzungen und flexible Arbeitszeitplanungen auf der Agenda der Beschäftigten ganz oben stehen.

Die EVG geht mit drei Kernforderungen in die Verhandlungen: 1. Mehr vom Wahlmodell – Wahl zwischen Wochenarbeitszeitverkürzung oder mehr Urlaubstage, 2. Mehr in der arbeitgeberfinanzierten Altersvorsorge, 3. Das Langzeitkonto soll ein flexibles und selbstbestimmtes Zeitguthabenkonto werden, so dass hier auch längere und kürzere Auszeiten genommen werden können.

Die Entgeltforderung lautet für alle Beschäftigten 7,5 Prozent und enthält noch über 30 weitere Forderungen, die in den Tarifverhandlungen eingebracht werden sollen.

Sollte die EVG sich jetzt durchsetzen, könnte die Wochenarbeitszeit von den Beschäftigten Wahlweise um eine weitere Stunde oder die Jahresarbeitszeit um weitere sechs Tage Urlaub verkürzt werden. In den Diskussionen war für die EVG-Mitglieder wichtig, dass dies die richtige Antwort auf die Arbeitsverdichtung ist.

Aufgrund dieses EVG-Abschlusses kam auch in die IG Metall Bewegung, die mittels ihres Tarifabschlusses ähnliche Wahlmöglichkeiten vorsah. Konkrete Zahlen liegen derzeit noch nicht vor, da bis Ende September zunächst einmal innerhalb der Betriebe ermittelt wird, wie viele Beschäftigte eine Arbeitszeitverkürzung in Anspruch nehmen wollen. In diesem Zusammenhang darf nicht vergessen werden, dass die IG Metall es auch erreicht hat, dem Kapital eine Verhandlungsverpflichtung für die Einführung der 35-Stundenwoche auf dem Gebiet der DDR abzurufen.

So sehr aber die individuelle Arbeitszeitverkürzung ein Erfolg für den einzelnen Beschäftigten darstellt, so sehr sind auch mögliche Nachteile damit verbunden. Mit der Umwandlung von Entgelt in Arbeitszeit reduzieren sich auch die Beiträge für die Rentenversicherung und hat damit gesamtgesellschaftlich Einfluss auf die sozialen Sicherungssysteme. Ob

in jedem Fall bei Inanspruchnahme einer individuellen Arbeitszeitverkürzung auch ein entsprechender Personalausgleich stattfindet, bleibt fraglich. So besteht die Gefahr, dass es zu einer weiteren Verdichtung von Arbeit und damit zu stärkeren Belastungen des Einzelnen kommt.

Dank dieser Tarifabschlüsse kommt aber die Frage nach Arbeitszeitverkürzung wieder vermehrt und in unterschiedlicher Form auf die Tagesordnung auch in anderen Gewerkschaften. Das ist gut so. Aber wir müssen von einer individuellen hin zu einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich kommen. Dazu müssen wir die Diskussion in den Gewerkschaften führen.

Mit dem Thema der Arbeitszeitverkürzung sind aber auch andere Themen eng verbunden, ja sie sind zum Teil mehrere Seiten einer Medaille. Dazu gehört es auch, die verstärkte Diskussion um die Bemessung von Pensen zu führen. Dazu hatte ich schon einiges unter dem Thema Personalbemessung ausgeführt.

Ein anderes Thema ist das der Digitalisierung der Arbeit. Hier sollten wir die Diskussion, die zum Teil in den Gewerkschaften angefangen hat, verstärken. Nämlich das sogenannte Digitalisierungsgewinne mindestens zu gleichen Teilen auch den Belegschaften, und dann in Form von Arbeitszeitverkürzung, zuzuteilkommen.

Aber ich befürchte, dass diese Gedanken in den Hintergrund geraten, wenn das Kapital sich mit seinen Angriffen auf das Arbeitszeitgesetz durchsetzt. Erlaubte Unterbrechungen der Ruhezeit, Erhöhung der Wochenarbeitszeit auf mehr als 60 Stunden sind nur einige Beispiele. Letztlich sollen die Beschäftigten, geht es nach dem Willen des Kapitals, rund um die Uhr überall zur Verfügung stehen.

Hier müssen wir uns auf einen Abwehrkampf vorbereiten, der auch deshalb schwer zu führen ist, weil unter dem Deckmantel der Individualisierung der Arbeitszeit und damit erhoffte Freiräume letztlich der 8-Stundentag zur Disposition steht.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in diesem Jahr fanden turnusmäßig in den Monaten März bis Mai die Betriebsratswahlen statt. Rund 11 Millionen Beschäftigte konnten 180.000 Betriebsratsmandate in ca. 28.000 Betrieben wählen. Mehr als zwei Drittel der gewählten gehören einer DGB-Mitgliedsgewerkschaft an. Trotz erheblichen Aufwands und einer medialen

Aufmerksamkeit, die ansonsten bei diesen Wahlen nicht üblich ist, haben Nazis und Rechtspopulisten lediglich 19 Mandate erhalten. Im Vergleich dazu haben die DGB-Gewerkschaften besser abgeschnitten, auch in den Edelmetallbetrieben, in denen rechte Listen kandidierten.

Doch wir sollten uns nicht von dieser geringen Anzahl beruhigen lassen, denn die Gefahr darf nicht unterschätzt werden. Es gibt rechte Orientierungen unter den Gewerkschaftsmitgliedern. Umfragen dazu, auch nach den Wahlen, sind aber mit Vorsicht zu genießen, da die Umfragen keinen Unterschied zwischen DGB-Mitgliedsgewerkschaften und Standesorganisation machen. So sind die Deutsche Polizeigewerkschaft oder die Gewerkschaft der Lokführer oder andere Organisationen des deutschen Beamtenbundes wohl eher nicht in der linken Ecke zu verorten.

Zu den Orientierungen hat insbesondere die Hans-Böckler-Stiftung entsprechend geforscht. Eine Studie macht deutlich, dass die Verunsicherungen der Beschäftigten zum stärkeren Einfluss von rassistischen Ressentiments führen, abgesehen davon, dass diese auch latent vorhanden waren. Das gute Ergebnis der Gewerkschaften bei den Betriebsratswahlen darf also nicht über die Gefahr, die von rechts ausgeht, hinwegtäuschen.

In einer Analyse der Hans-Böckler-Stiftung wird deutlich, dass im Gegensatz zu den politischen Entwicklungen betrieblich gewerkschaftlich orientierte Listen soziale Haltepunkte bilden. Bei aller möglichen Kritik verstehen es die Betriebsräte, Vertrauensleute und gewerkschaftlichen Betriebsgruppen mittels Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen den gesellschaftlichen Entwicklungen etwas entgegen zu setzen. Demnach sind politische Angebote zur Gestaltung der Arbeitswelt und zur Sicherung von Beschäftigteninteressen geeignet, der Anziehungskraft der „neuen“ Rechten entgegenzuwirken.

Es wird aber auch deutlich, dass sich gesamtgesellschaftlich die Auswirkungen der neoliberalen Politik bei den politischen Wahlen Ausdruck verschaffen. Der zunehmende Leistungsdruck, die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, Zukunftsängste und das Gefühl einer mangelnden Gestaltbarkeit der beruflichen Biografie führen zur Verunsicherung. Es erscheint paradox, dass eine politische Partei zum Sprachrohr gewählt wird, die wirtschafts- und sozialpolitisch genau für eine Verschärfung dieser Politik eintritt, und dass es ihr aber dennoch gelingt, das Potenzial von Unzufriedenen für sich einzunehmen.

Das zeigt aber auf, wo (nicht nur) die Gewerkschaften für einen Gegenkurs ansetzen müssen. Für die neu gewählten Betriebsräte kommt es in den nächsten vier Jahren darauf an, in ihrem betrieblichen und gewerkschaftlichen Einfluss ein klares Profil für die Interessen der Beschäftigten zu zeigen und durchzusetzen.

Den Gewerkschaften ist dieses Problem bekannt. Sie haben es nicht – wie manche Medien berichten - ignoriert. So gibt es in allen DGB-Mitgliedsgewerkschaften eine Fülle von Material zu Aussagen der Rechtspopulisten und deren Entlarvung. Entsprechend bereiten sich die Gewerkschaften jetzt auch auf die Europawahlen vor.

Unsere Aufgabe ist es, deutlich zu machen, wo die Fallstricke in der Argumentation der Rechtspopulisten sind. Das wird insbesondere in der Verteilungsfrage deutlich. Hier geht es um die Verteilung des gesellschaftlichen Vermögens zwischen den gesellschaftlichen Klassen. Und nicht, wie es die Rechtspopulisten vertreten, zwischen „innen und außen“, zwischen „Deutschen und Ausländern“.

Das widerspricht im Übrigen dem Grundgedanken der gewerkschaftlichen Solidarität, der nichts mit Ethnien oder Religion zu tun hat. Gewerkschaften und Betriebsräte wären bei Übernahme derartigen Gedankenguts handlungsunfähig. Die Umgangsweise mit rassistischen oder faschistischen Meinungen muss daher eindeutig sein. Solche Aktivitäten innerhalb der Gewerkschaften dürfen nicht hingenommen werden, dem Eindruck einer irgendwie gearteten Zusammenarbeit (zum Beispiel Einladung auf Diskussionsveranstaltungen) muss entgegengewirkt werden.

Im Jahr 2020 jährt sich zum 100. Mal das im Dezember 1919 in Weimar beschlossene Betriebsrätegesetz. Das sollten wir in unseren Medien würdigen und vor allem bereits jetzt die Verbindung zur Novemberrevolution herstellen. Das sollten wir auch als Anlass nehmen, zu den Fragen von Wirtschaftsdemokratie innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, welche in unterschiedlichen Formen auch innerhalb der Gewerkschaften diskutiert wird, Stellung zu beziehen. Das gilt im Übrigen auch zu den Wechselwirkungen der Mitbestimmung als geschicktes Element der Einbindung von Interessenvertretungen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

kommen wir nun zu den Ergebnissen des 22. Parteitags und die daraus abzuleitenden Aufgaben für den Bereich der Betriebs- und Gewerkschaftspolitik. In unserem beschlossenen

Antrag „Für Frieden, Arbeit, Solidarität – Die DKP stärken!“ haben wir konkretisiert:

„1. DKP – Partei der Arbeiterklasse / 1.1. Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit
Die DKP orientiert darauf, dass ihre Mitglieder aktiv in Bewegungen auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene eingreifen, helfen, diese zu initiieren, um die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse in Klassenkämpfen zu stärken, zur Formierung von Klassenbewusstsein beizutragen und die organisatorische Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse voranzutreiben.“

Dabei ermöglichen Auseinandersetzungen in Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge die Verbindung von Interessen der Belegschaften in Bereichen der Öffentlichen Daseinsvorsorge mit den Interessen breiter Bevölkerungsteile. Sie sind damit ein Hebel für die Herausbildung antimonopolistischer Bündnisse. Zudem bieten sie für Gliederungen der Partei ohne oder mit geringer Verankerung im Betrieb durch Solidaritätsaktionen in den Kommunen die Möglichkeit, Tarifbewegungen zu unterstützen. (aus der Handlungsorientierung des 21. Parteitags). Auseinandersetzungen in Großbetrieben haben eine Magnetwirkung auf andere Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und sind deshalb von besonderer Bedeutung für die weitere Entwicklung.

Mit dem 21. Parteitag haben wir eine Diskussion um den Neuaufbau von Betriebs- und Branchengruppen begonnen. Alle Bezirke und Landesorganisationen der DKP sind jetzt gefordert, den Fokus auf diese Aufgabe zu richten, den Erfahrungsaustausch von in Betrieben und Gewerkschaften aktiven Genoss(inn)en zu organisieren und konkrete Pläne zu entwickeln.

Die wichtigste Aufgabe ist derzeit die Verankerung der DKP in der Arbeiterklasse zu steigern. Hierzu sehen wir folgende Handlungsfelder:

- Stärkere Konzentration der Parteiarbeit auf Themen der Betriebs-, Gewerkschafts- und Erwerbslosenarbeit.
- Koordinierung der Tätigkeit von Genossinnen und Genossen in diesem Bereich auf der Ebene des Parteivorstandes und der Landesorganisationen bzw. Bezirke.
- Stärkere Fokussierung auf die Bildung von Branchenbetriebsgruppen mit dem

Ziel wieder Betriebsgruppen aufzubauen.

- Schnellere Positionierung zu entscheidenden Themen der Betriebs-, Gewerkschaftsarbeit.“

Mit diesen vier Punkten haben wir Daueraufgaben genannt, die wir mit den folgenden konkreten Arbeitsaufträgen an unsere Kommission für den Zeitraum bis zum nächsten Parteitag wie folgt konkretisiert haben. Ich gehe die Punkte einzeln durch und benenne jeweils direkt Möglichkeiten der Umsetzung. (Hinweis: Beschlüsse sind „Fett“ dargestellt)

„Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik beraten mit den Bezirken und Landesorganisationen beschlussorientiert über den Aufbau weiterer Betriebs- und Branchengruppen und über eine mögliche Orientierung der Grundorganisationen auf Schwerpunktbetriebe und führen die bisher gemachten Erfahrungen zusammen. Ziel ist es, in allen Gruppen Aktivitäten an einem Schwerpunktbetrieb zu entwickeln.“

In diesem einen Punkt haben wir zwei Aufgabenfelder:

1. Aufbau weiterer Betriebs- und Branchengruppen

a) in den Bezirken, in denen es noch nicht geschehen ist, muss zwingend eine Analyse der Mitglieder hinsichtlich ihrer Berufstätigkeit und Zugehörigkeit zu Gewerkschaften und Branchen erfolgen. Erst wenn dieses geschehen ist, kann mit den betreffenden Genossinnen und Genossen darüber gesprochen werden, ob und in welcher Form die Bildung zumindest von Branchengruppen bzw. Gruppen nach Gewerkschaft möglich ist.

b) Wenn die Ergebnisse einer solchen Analyse vorliegen, sollten wir in bilateralen Gesprächen zwischen unserer Kommission und den einzelnen Bezirken versuchen, eine verbindliche Arbeitsplanung zu erreichen. Dabei ist die besondere Problematik bei Flächenbezirken nicht zu verkennen. In jedem Fall muss es aber möglich sein, mindestens regelmäßig die betreffenden Genossinnen und Genossen bezirksweit zu Beratungen zusammenzufassen. Positiv ist hier das Beispiel der Bezirke Rheinland- und Ruhr-Westfalen zu nennen, die am letzten Sonntag über 30 aktive Genossinnen und Genossen zur Teilnahme an einer Vernetzungskonferenz gewinnen konnten.

2. Orientierung der Grundorganisationen auf Schwerpunktbetriebe

a) auch hier sind es zunächst die Bezirke, die tätig werden müssen. Als Grundlage weiterer Schritte muss ermittelt werden, welche Grundorganisationen vorhanden sind und welche (Groß-) Betriebe sich in ihrem unmittelbaren Einflussbereich befinden. Zusätzlich ist zu ermitteln, ob der Jugendverband in dem Bereich einer Grundorganisation tätig ist.

b) Im zweiten Schritt sollten dann, wie bereits beim Aufbau weiterer Betriebs- bzw. Branchengruppen, bilaterale Gespräche zwischen unserer Kommission und den einzelnen Bezirken stattfinden. Auch hier ist das Ziel, eine verbindliche Arbeitsplanung zu erreichen.

c) Unabhängig von den vorgenannten zwei Punkten können Grundorganisation aber auch schon jetzt vor Betrieben aktiv werden, indem sie Unterschriften unter dem Appell abrüsten statt aufrüsten sammeln. Entsprechendes Material ist vorhanden und kann genutzt werden. Aber auch bei kommenden Tarif-Auseinandersetzungen können unsere Flugblätter vor den entsprechenden Betrieben verteilt werden.

3. An den ersten beiden Punkten anschließend ist dann eine Sitzung mit allen Bezirksvorsitzenden durchzuführen, um hier in einen Erfahrungsaustausch zu kommen.

„Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik organisieren ein Treffen zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik, für das aus allen Bezirks- und Landesorganisationen möglichst viele TeilnehmerInnen gewonnen werden, die entweder in diesem Bereich aktiv sind oder aktiv werden können.“

1. Hier sollten wir daran anknüpfen, was wir bisher in diesem Bereich gemacht haben. Zum einen ist es das jährlich stattfindende gewerkschaftspolitische Forum, welches immer unter einem bestimmten Thema steht, daneben aber immer Zeit für einen Erfahrungsaustausch bietet. Oder aber, wie zuletzt bei der Konferenz zur Arbeitszeitverkürzung, ein bundesweites Treffen mit externen Referent*innen zu einem bestimmten Thema.

2. Das gleiche gilt für diejenigen, die in der Bundesrepublik verstreut, Mitglied einer Gewerkschaft oder in einem Betrieb tätig sind.

3. Ebenso sollten wir in 2019 einen Erfahrungsaustausch der bestehenden Betriebsgruppen in Form eines Wochenendseminars in der Karl Liebknecht Schule durchführen.

„Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik organisieren neben dem bundesweiten Branchentreffen Gesundheit ein Branchentreffen für Beschäftigte in der Bildungs- und Erziehungsarbeit.“

1. Gesundheit

- a) Das bestehende Branchentreffen im Gesundheitsbereich ist ein Ersatz für fehlende Strukturen in den Bezirken und sollten wir daher fortsetzen. Ziel muss aber sein, sofern jeweils genügend Genossinnen und Genossen vorhanden sind, ausgehend von diesem Branchentreffen Strukturen in Form von Sammel-Betriebsgruppen in den Bezirken zu bilden. Inhaltlich befasst es sich derzeit im Wesentlichen mit Personalbemessung in den Krankenhäusern.
- b) Erweitern sollten wir es auch um Genossen und Genossen, die im Altenpflegebereich beschäftigt sind und mit dem gleichen Problem zu tun haben.
- c) Mittelfristig sollten wir überlegen, ob sich das Branchentreffen zu einer das gesamte Gesundheitswesen umfassenden Kommission entwickeln kann.

Bildung und Erziehung (Krippe, Hort, Schule, Hochschule, Sozialarbeit)

- a) Für ein erstes bundesweites Treffen haben wir erfolgreich das UZ- Pressefest genutzt.
- b) Daran anschließend wird es ein erstes Branchentreffen zentral in Essen stattfinden. Auf dem Pressefest haben wir festgestellt, dass sich der Bereich Bildung und Erziehung spreizt. Stichworte sind Schule, Universität, Erwachsenenbildung, GEW und ver.di, Erziehung, Sozialarbeit, Bildungswerke. Daraus haben wir geschlussfolgert, dass ein erstes zentrales Treffen sich mit der Struktur der Arbeit im

- c) Branchentreffen Bildung und Erziehung befragen muss.
- d) Mit dieser Umsetzung setzen wir gleichzeitig den als Arbeitsmaterial an unsere Kommission überwiesenen Antrag „Branchentreffen Bildung“ um.

„Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik organisieren zentrale Maßnahmen zur Unterstützung bspw. für die Herausgabe von Betriebszeitungen.“

Zu diesem Punkt hat es ebenfalls ein erstes erfolgreiches zentrales Treffen auf dem Pressefest gegeben. Dort haben wir eine erste Bestandsaufnahme gemacht und die Grundlage eines Netzwerks zum Austausch von Artikeln gelegt. Gleichwohl muss schon jetzt festgestellt werden, dass ein regelmäßiger Artikeldienst vor dem Hintergrund unserer personellen Ressourcen fraglich erscheint.

„Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik orientieren rechtzeitig schon in Vorbereitung der Forderungsdiskussion auf wichtige Tarifauseinandersetzungen, erarbeiten Positionen dazu und stellen der Partei Öffentlichkeitsmaterialien zur Verfügung.“

Die Umsetzung dieses Beschlusses bedingt zwingend das Vorhandensein von in der Gewerkschaft und in den jeweiligen Tarifauseinandersetzungen aktiven Genossinnen und Genossen, um bereits in Vorbereitung der Forderungsdiskussion eingreifen zu können. Hier sind insbesondere die Bezirke gefordert, die entsprechenden Genossinnen und Genossen zu melden.

„Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik beraten, inwiefern Genossinnen und Genossen außerhalb von Großbetrieben eine Handlungsorientierung zur betrieblichen Arbeit im Sinne der allgemeinen Stärkung der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse an die Hand gegeben werden kann.“

Eine Einzelberatung kann in der Regel nicht zentral durch unsere Kommission erfolgen; diese sind richtigerweise auf Bezirksebene anzusiedeln. Gleichwohl gilt es, Möglichkeiten des Handelns von Genossinnen und Genossen in Klein- und Mittelbetrieben, sowohl in der Interessenvertretungsarbeit als auch in der Vertrauensleute Arbeit, aufzuzeigen. Dazu würde sich ein entsprechend konzipiertes Seminar in der Karl-Liebknecht-Schule anbieten.

„Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik unterstützen Genossinnen und Genossen in der Vorbereitung der Betriebsrats- und Organisationswahlen.“

Auch hier kann eine Einzelberatung in der Regel nicht zentral durch unsere Kommission erfolgen; auch hier ist die Hilfe richtigerweise auf Bezirksebene anzusiedeln. Die Unterstützung bei Wahlen zu den Interessenvertretungen ist bei den Gewerkschaften einzufordern.

Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik stellen in Zusammenarbeit mit der Branchengruppe Gesundheit der Partei Materialien und eine Handreichung zur Unterstützung der Klinikbeschäftigten in ihrem Kampf um eine gesetzliche Personalbemessung zur Verfügung.“

Hier haben wir bereits ein umfangreiches Referat zu diesem Thema sowie ein gutes Informationsflugblatt. Dennoch sollten wir es auf Aktualität überprüfen.

„Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik erarbeiten Orientierungen und Vorschläge für die Wiederaufnahme der Erwerbslosenarbeit“

Auf dem UZ-Pressesfest haben wir ein zentrales Treffen organisiert, jedoch weit weniger erfolgreich, als gedacht. Letztlich haben sich zwei Genossen bereit erklärt, zu unterstützen. Um es uns gelingt, damit dem vom Parteitag vorgegeben Auftrag einzulösen, bleibt fraglich.

„Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik erarbeiten gemeinsam mit der Bildungskommission und der Karl-Liebknecht-Schule Seminar- und Schulungsangebote für Aktivisten und Multiplikatoren in der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.“

„Der Parteivorstand und seine Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik organisieren in Zusammenarbeit mit der Bildungskommission zentrale Seminare zur Schulung von Anleitern und Aktiven in Betrieb und Gewerkschaft, insbesondere zu folgenden Fragestellungen:

- **Aufgabe von Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft und Rolle der Gewerkschaften im Klassenkampf**
- **Dialektik des gewerkschaftlichen und betrieblichen Kampfes (Einbindung ins System über Stellvertreterpolitik und Sozial-**

partnerschaft vs. Selbstorganisation der Arbeiterklasse für den Klassenkampf)
- **Analyse aktueller Gewerkschaftspolitik und des Einflusses der Ideologie der Sozialpartnerschaft in Betrieben und Gewerkschaften**
- **Aufgabe kommunistischer Betriebszei- tungen ...**

Bereits in der letzten Periode hatten wir in unserer Kommission entschieden, eine Handlungshilfe zur Arbeit von Kommunist*innen in den Gewerkschaften zu erarbeiten. Auf dieser Grundlage sollten wir dann ein oder mehrere entsprechende Seminarkonzepte entwickeln.

Soweit zu den konkreten Aufgaben unserer Kommission, wie sie vom Parteitag beschlossen worden sind. Darüber hinaus wurde beschlossen

„2. Die Grundorganisationen stärken ... Die DKP setzt sich heute aus Stadt- und Wohngebietsgruppen zusammen. Gleichzeitig haben wir mit der Diskussion um den Wiederaufbau von Betriebs- und Branchengruppen begonnen. Die Stadt- und Wohngebietsgruppen müssen in diese Diskussion einbezogen werden, wenn die Neugründung ihre Mitglieder betrifft bzw. ihre Unterstützung erfordert. ...“

Dieser Punkt berührt unmittelbar unsere Aufgabe, Branchen- und Betriebsgruppen zu gründen, in dem wir Genossinnen und Genossen zu solchen Einheiten zusammenfassen. Das muss aber mit entsprechender Sensibilität geschehen, wenn diese Genossinnen und Genossen Funktionen in Wohngebietsgruppen haben. Es hilft uns nicht, neue Betriebs- oder Branchengruppen zu bilden, wenn gleichzeitig aktive Wohngebietsgruppen ihre Arbeit einstellen. Insofern sind natürlich die entsprechenden Wohngebietsgruppen mit einzubeziehen. Dieses ist, wie bereits ausgeführt, zuvörderst Aufgabe der Bezirke.

Ferner wurde ein Antrag „Arbeitszeitverkürzung“ als Arbeitsmaterial an unsere Kommission überwiesen. Dieser sollte bei der Überarbeitung unserer Broschüre Arbeitszeitverkürzung mit berücksichtigt werden.

Soweit die Beschlusslage unseres 22. Parteitags und Maßnahmen zur Umsetzung. Darüber hinaus finden Bundeskongresse der größten Gewerkschaften dieses Landes statt.

Der Bundeskongress von Verdi findet vom 22. - 27.09.19 in Leipzig statt. Ebenfalls wird 2019 der Gewerkschaftstag der IG Metall vom 06.- 12.10.19 in Nürnberg stattfinden.

Zu diesen beiden Kongressen sollten wir folgendes organisieren:

1. UZ-Ausgaben, mit entsprechenden Schwerpunktthemen und jeweils zu Beginn (montags) und am Ende (donnerstags) zur Verteilung
2. Während des Zeitraums dieser Kongresse findet regelmäßig ein sogenannter Parteienabend statt, zu denen innerhalb der Kongressräumlichkeiten die im Bundestag vertretenen Parteien die Delegierten einladen. Die Durchführung eigener Parteienabende während (nicht im Rahmen) der Kongresse sollten wir im Einzelfall und vor dem Hintergrund unserer Ressourcen prüfen.

In unserer Kommission haben wir uns auch, und insbesondere ich mich, sehr selbstkritisch,

mit der Leitungsstruktur befasst. Vor dem Hintergrund der zur Verfügung stehenden Ressourcen in der Leitung der Kommission schlägt diese einmütig dem Parteivorstand vor, die Leitung um den Genossen Rainer Perschewski zu erweitern.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Bereits zum vierten Mal findet eine von der Rosa-Luxemburg organisierte bundesweite Streikkonferenz vom 15. bis 17.02.19 in Braunschweig statt. Im Mittelpunkt stehen dabei Themen, wie zum Beispiel die Tagesstreiks der IG Metall, Arbeitskämpfe in den Krankenhäusern oder Nadelstichaktionen gegen Amazon. In den gewerkschaftlichen Kämpfen entstehen neue Formen der Gegenwehr. Die Konferenz will sie in den Blick nehmen und auswerten. Da sollten wir uns mit unserem Wissen und Erfahrungen einbringen.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.

4. Tagung des Parteivorstands der DKP

6./7. Oktober 2018, Essen

Beschlüsse

Arbeitsplan der Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik

Die Kommission Betriebs- und Gewerkschaftspolitik hat sich auf ihrer Sitzung am 30.06.18 mit den Aufgaben, die sich aus den Beschlüssen des Parteitags ergaben, befasst und auf dieser Basis einen Arbeitsplan beschlossen.

1. Ansprechpartner

Wesentliches Ziel ist es, in allen Bezirken Verantwortliche für den Bereich Betriebs- und Gewerkschaftspolitik zu benennen sowie mindestens ein Mitglied aus jedem Bezirk in die zentrale Kommission zu entsenden. Das ist die Grundlage, um bezirksbezogene Analysen im Hinblick auf die Umsetzung der Parteitagsbeschlüsse durchführen zu können.

2. Umsetzung der Beschlüsse des Parteitags

Dazu gehören im Wesentlichen:

1. Aufbau weiterer Betriebs-, Sammelbetriebs- und Branchengruppen
2. Durchführung gewerkschaftspolitischer Foren zu zentralen Themen
3. Bildung eines Branchentreffens Bildung und Erziehung
4. Überführung des Branchentreffens Gesundheit mittelfristig in eine eigenständige Kommission Gesundheitswesen
5. Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützung von Betriebsgruppenzeitungen
6. Konzeption und Durchführung von Seminaren an der KLS

3. Überarbeitung der Broschüre zur Arbeitszeitverkürzung

Sowohl ein Antrag des Parteitags, welcher als Material an die Kommission überwiesen wurde, als auch aktuelle Entwicklungen bedingen eine Überarbeitung unserer Broschüre.

4. Gewerkschaftstage

In 2019 finden die Gewerkschaftstage von ver.di und IG Metall statt. Die UZ-Ausgaben, die während der Gewerkschaftstage verteilt werden, sollen inhaltlich konzipiert werden. Die Durchführung eigener Parteienabende während (nicht im Rahmen) der Kongresse wird vor dem Hintergrund unserer Ressourcen geprüft.

5. Erweiterung der Leitung

Zur Umsetzung der Arbeitsplanung und aufgrund von Arbeitsbelastung hat sich die Kommission einstimmig dafür ausgesprochen, die Leitung der Kommission zu erweitern. Der Genosse Rainer P. hat sich dazu bereit erklärt.

Der Parteivorstand wird, auch vor dem Hintergrund des begründenden Referats, um Zustimmung gebeten.

(einstimmig angenommen)

Unterschriftensammlung „Abrüsten statt Aufrüsten“

1. Der Parteivorstand beschließt die DKP-Kampagne zur Sammlung von Unterschriften bis zu den Aktionstagen der Friedensbewegung (1. bis 4. November 2018) fortzuführen.
2. Wir schlagen den Initiatoren des Aufrufs vor, die Unterschriftensammlung vorerst ohne einen zeitlichen Endpunkt weiterzuführen.
3. Als DKP führen wir die Unterschriftensammlung dementsprechend fort, allerdings nicht als Kampagne.
4. Nach Ende der Kampagne findet in allen Bezirken eine Auswertung statt. Hierfür wird eine Vorlage durch das Sekretariat erstellt und verschickt. Hierbei soll auch bewertet werden, wie die Gruppen in Aktion gekommen sind, wie sich die Kampagne in Arbeitsplänen niedergeschlagen hat, wie es uns gelungen ist die Aktion in die Arbeiterbewegung zu tragen und öffentliche Veranstaltungen zum Thema durchzuführen.

(einstimmig angenommen)

Eigenkandidatur der DKP zur EU-Wahl

Die DKP kandidiert mit einer Bundesliste (Liste für alle Länder) zu den EU-Wahlen 2019 ("Europawahlen").

(angenommen bei 1 Gegenstimme)

Bundesmitgliederversammlung zur EU-Wahl

a) Die Bundesmitgliederversammlung am 4. 11. 2018 in Kiel hat folgende Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Referat: „Unser Antritt zu den EU-Wahlen 2019 – Inhalte, Zielrichtung, Maßnahmen“ – Referent: Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP
3. Diskussion
4. Beschluss der Liste der Kandidatinnen und Kandidaten zur EU-Wahl („Europawahlen“)
5. Schlusswort

b) Die Bundesmitgliederversammlung am 4.11.2018 hat folgenden Zeitplan:

11:00 Uhr: Einlass
11:30 Uhr: Eröffnung, Begrüßung
11:40 – 12:10 Uhr: Referat
12:10 – 12:45 Uhr: Mittagspause
12:45 – 14:00 Uhr: Diskussion
14:00 – 15:00 Uhr: Beschluss der Kandidatenliste zu den EU-Wahlen („Europawahlen“) auf einer Bundesliste/Liste für alle (Bundes)-Länder

- c) Der Parteivorstand beauftragt das Sekretariat mit der Vervollständigung des Vorschlags für die Liste der Kandidatinnen und Kandidaten, sowie einer Geschäftsordnung und einer Wahlordnung. Wir weisen vorab drauf hin, dass wahlberechtigt nur Mitglieder der DKP sind, die auch wahlberechtigt zu den EU-Wahlen sind.

(einstimmig angenommen)

Konzeption Bildungszeitung: Die Kommunisten und das Europa der Monopole und Banken

1. Ausgangslage (nach der 4. PV-Tagung aktualisiert)

Die DKP kandidiert nach Beschluss der 4. PV-Tagung zu den EU-Wahlen im Mai 2019. Für den 4. November ist eine Bundesmitgliederversammlung zur Wahl einer Bundesliste angekündigt, danach wird Zeit bis zur Einreichung der Wahlunterlagen im März sein, um die 4.000 Unterstützerunterschriften zu sammeln und beglaubigen zu lassen. Der Schwerpunkt der Unterschriftensammlung ist von November 2018 bis Februar 2019.

Die Partei behandelt die Bildungszeitung „Die Kommunisten und das Europa der Monopole und Banken“ zwischen November 2018 und Mai 2019. Die Bildungszeitung Frieden wird indes bis September 2018 durchgenommen. Es ist aber davon auszugehen, dass die Bildungszeitung bis dahin noch nicht flächendeckend durchgenommen worden sein wird. Eine Auswertung findet auf der 5. PV-Tagung statt.

Im Folgenden wird nun zunächst das Format einer Bildungszeitung bestimmt, Inhalt und Lernziele formuliert, die danach zu einem konkreten Vorschlag für Artikel und Autoren zusammengefasst werden. Zum Schluss folgt ein Zeitplan mit Verantwortlichkeiten.

2. Format der Bildungszeitung

Das Format einer Bildungszeitung ist darauf ausgerichtet, einen Transfer zu leisten zwischen Einschätzungen auf wissenschaftlichen Niveau einerseits und dem Vorwissen eines breiteren Publikums in der Partei und ihrem Umfeld andererseits. Demnach besteht eine Bildungszeitung in erster Linie aus Artikeln moderater Länge, die bereits gefasste Beschlüsse oder getroffene Einschätzungen, sowie bestehenden wissenschaftlichen und weltanschaulichen Beiträge herunterbricht. Eine Bildungszeitung sollte ca. 24 Seiten DIN A4 (ca. 72.000 Zeichen) umfassen, um die 3 Abschnitte der Bildungszeitung innerhalb eines halben Jahres behandeln zu können.

Die Bildungszeitung umfasst darüber hinaus an methodischen Hilfsmitteln:

- Eine Bestimmung der Lernziele
- Eine Reihe von Arbeitsfragen zur Abfrage des Textverständnisses und zur Diskussion weiterführender Fragen
- Ein Verzeichnis mit weiterführender Literatur

3. Inhalt und Lernziele

Inhaltliche Grundlage der Bildungszeitung ist die beschlossene Grundlinie des Parteivorstandes, die in den DKP-Informationen zur 3. PV-Tagung nachzulesen ist. Ihr zufolge sind die Schwerpunkte im EU-Wahlkampf:

- I. Die EU als Instrument im Interesse der führenden Imperialismen, vor allem Deutschlands,
- II. Krieg, Frieden, Militarisierung,
- III. Flucht und Migration,
- IV. Prekarisierung, Armut, Angriffe auf den Sozialstaat.

Das übergeordnete Lernziel ist, zu verstehen, warum die EU ein Instrument der führenden westeuropäischen Monopole ist, warum sie imperialistischen Charakter trägt. Im Folgenden wird das übergeordnete Lernziel in Teilprobleme gegliedert und eine Reihenfolge vorgeschlagen.

Abschnitt I: Die EU als Instrument im Interesse der führenden Imperialismen (vor allem Deutschlands)

Die Europäische Union ist nicht reformierbar, weil sie zu dem Zwecke gegründet worden ist, sich gegenüber der Konkurrenz anderer Großmächte zu behaupten und die wirtschaftspolitischen Belange der stärksten Monopole – nach einem freien Binnenmarkt – durchzusetzen.

Um das zu verstehen, muss zunächst etwas über den staatsmonopolistischen Kapitalismus und den Charakter der EU gesagt werden.

Ferner muss etwas über die Anfangsjahre der Europäischen Integration und den weiteren Verlauf gesagt werden.

- Die Anfänge der Europäischen Integration liegen in der wirtschaftlichen (und militärischen und politischen) Einbindung Westeuropas unter der Führung der USA nach dem 2. Weltkrieg und zu Beginn des kalten Krieges.
- Die EWG und andere Vorläuferinstitutionen der EU waren stets Austragungsort zwischenimperialistischer Widersprüche, was sich auch in der heutigen EU nicht geändert hat.

Die heutige EU unter der Führung des deutschen Imperialismus versteht sich selbst als aufstrebende Weltmacht. Die Lissabon-Strategie 2010 sollte die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt“ machen. Die Euro-Währung wurde nicht nur zur Verbilligung des Warenexports, sondern insbesondere zur Absicherung des Kapitalexports der kerneuropäischen Banken eingeführt. Um die Rolle des Kapitalexports hier richtig zu verstehen, muss etwas zur Imperialismustheorie Lenins gesagt werden.

- „Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von *Waren* kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von Kapital kennzeichnend geworden.“ (LW 22, 244).

Grundlage der Eurokrise waren natürlich nicht die „faulen Griechen“, sondern das „deutsche Geschäftsmodell“, bzw. das Geschäftsmodell der großen kerneuropäischen Banken. Die Länder der EU-Peripherie bekamen über den Euro verbilligten Zugriff auf Kapital, das sie importierten. Die Profitraten in diesen Ländern versprachen höhere Gewinne als in Kerneuropa, die Kapitalströme wurden in die Peripherie umgeleitet.

- Durch die staatliche Rettung angeschlagener Banken stieg die Verschuldung insbesondere der schwächeren EU-Volkswirtschaften stark an, sie hatten Schwierigkeiten, sich Kapital auf den Finanzmärkten zu besorgen. Dadurch wurde die Krise zu einer Staatsschulden- und letztlich zu einer Euro-Krise.
- Ursache der Euro-Krise ist nicht eine vorgebliche „Fehlkonstruktion“ des Euros, sondern die enormen Ungleichgewichte zwischen dem Zentrum und der Peripherie der EU, die insbesondere durch den enormen Kapitalexport in diese Länder zustande gekommen sind.

Die Art und Weise, wie die Krise in den entsprechenden Ländern „gelöst“ wurde – die Zerschlagung der verbliebenen Teile des Sozialstaates, die weitere Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft – zugunsten der französischen und deutschen Banken zeigt, in wessen Interesse EZB, EU-Kommission und Europäischer Rat agieren.

Abschnitt II: Europa-Ideologien

Um zu verstehen, wie Klasseninteressen und Ideologien zusammenhängen, warum man sich überhaupt mit Europa-Ideologien befassen sollte, muss zunächst im Grundsatz verstanden werden, was Ideologien sind.

- Friedrich Engels schrieb 1893: „Die Ideologie ist ein Prozeß, der zwar mit Bewußtsein vom sogenannten Denker vollzogen wird, aber mit einem falschen Bewußtsein. Die eigentlichen Triebkräfte, die ihn bewegen, bleiben ihm unbekannt; sonst wäre es eben kein ideologischer Prozeß. (...) Er arbeitet mit bloßem Gedankenmaterial, das er unbeschrieben als durchs Denken erzeugt hinnimmt und sonst nicht weiter auf einen entfernteren, vom Denken unabhängigen Ursprung untersucht, und zwar ist ihm dies selbstverständlich, da ihm alles Handeln, weil durchs Denken *vermittelt*, auch in letzter Instanz im Denken *begründet* erscheint“. Diese Begründung stimmt natürlich nicht, in letzter Instanz sind sie in der materiellen Wirklichkeit, den gesellschaftlichen Verhältnissen begründet. Engels betont aber zugleich: Weil wir den verschiedenen ideologischen Sphären, die in der Geschichte eine Rolle spielen, eine selbständige historische Entwicklung absprechen“, sprechen wir ihnen nicht jede *historische Wirksamkeit* ab (MEW 39, 96ff.).

Bereits Lenin hat in seinen Schriften „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ und „Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“ grundsätzliche Überlegungen über den Charakter eines solchen imperialistischen Zusammenschlusses gesagt.

- Lenin geht ebenfalls von Ideologien aus, die entlarvt werden müssen. Der deutsche Opportunist Gerhard Hildebrand propagierte seinerzeit die "Vereinigten Staaten von Westeuropa" (ohne Rußland), „und zwar zum "Zusammenwirken" gegen ... die Neger Afrikas, gegen eine "islamitische Bewegung großen Stils", zur "Bildung einer Heeres- und Flottenmacht allerersten Ranges", gegen eine "chinesisch-japanische Koalition" u.a.m.“ (LW 22, 103).

Europa-Ideologien kaschieren die Interessen der außen- und wirtschaftspolitischen Interessen der Monopolbourgeoisie.

- Historisch waren die sog. „Mitteleuropa“-Konzeption, die westeuropäische „Pan-Europa“-Konzeption bedeutsam. Ebenso war die Schaffung eines europäischen Binnenmarkts das Ziel des deutschen Faschismus.

Diese historischen Ideologien sind aus heutiger Sicht leicht zu durchschauen. Moderne Europa-Ideologien hingegen verfangen immer noch, unter unseren Bündnispartnern und den Gewerkschaften, und das, obwohl sie dieselben Ziele verfolgen wie die historischen Europa-Ideologien. Sie bedienen sich dafür aber anderer argumentativer Mittel. Sie führen die Globalisierung, den Bedeutungsverlust der Nationalstaaten, den Kampf gegen Nationalismus und Populismus und andere Argumente ins Feld, um die EU zu legitimieren. Selbst sozialistische Politiker wie der italienische Antifaschist Altiero Spinelli oder das Buchenwalder Manifest 1945 werden zur Legitimation der EU genutzt.

- Die wichtigsten Behauptungen über die EU, die widerlegt werden sollten, sind: Die EU sei ein Friedensprojekt, die EU Sorge für wirtschaftlichen Wohlstand, die EU sei eine Absage an die Ideologie des Nationalismus. Wie sieht die Argumentation der Befürworter in der Linken / in den Gewerkschaften (Habermas, Brie, Schulz, Beck) aus?

Abschnitt III: Rechte Parteien und Gegenwehr der Arbeiterklasse

Wenn man etwas über die rechten Parteien in Europa sagen will, dann erstmal, dass sie sich einer Unzufriedenheit bedienen, die legitim ist – denn die EU macht keine Politik im Interesse der arbeitenden Klasse. Eine länderübergreifende Studie der FES-Stiftung kam 2017 zu dem Schluss: „Wer sich selbst der Oberschicht zuordnet, sieht eher Vorteile in der EU [...] Wer sich dem unteren Rand der Gesellschaft zugehörig fühlt, steht der EU fast überall mehrheitlich reserviert gegenüber“. Aber nur in wenigen Ländern haben kommunistische und sozialistische Kräfte von den Krisen der EU profitiert. Vielmehr binden rechtspopulistischen Parteien wie AfD, FPÖ, FN neue Wähler an sich, indem sie sich als Kritiker der Migrations- und Flüchtlingspolitik inszenierten.

- Im Kern sind es aber neoliberale Parteien, die sich in vielen Fragen kaum von konservativen und sozialdemokratischen Parteien unterscheiden. Sie stören sich zwar an der Eurorettungspolitik, da Leistungen für die schwächeren Peripheriestaaten ablehnen. Die AfD unter Bernd Lucke zum Beispiel repräsentierte die Euro-Kritiker innerhalb des deutschen Monopolkapitals, publizistisch vertreten durch Ex-BDI Chef Olaf Henkel oder Thilo Sarrazin. Die EU als Ganzes wird jedoch nicht in Frage gestellt, vielmehr wird der gemeinsame Binnenmarkt, der freie Waren- und Kapitalverkehr, ausdrücklich begrüßt.

Vermittelt werden sollte also hier: Die rechten Parteien geben in vielerlei Hinsicht nur vor, die Interessen der arbeitenden Menschen zu vertreten. In Wirklichkeit steht man entweder bereits voll hinter der EU, oder man tut es spätestens dann, wenn Regierungsbeteiligungen winken, wie zum Beispiel bei der FPÖ in Österreich.

Die kommunistischen Parteien in Europa hatten in der Vergangenheit keine einheitliche Position zur EU. Einerseits gab es mehrere KPs innerhalb der Europäischen Linkspartei (EL), die die EU für reformierbar halten, andere betonen den imperialistischen Charakter der EU. Die DKP hat erst auf dem 21. Parteitag ihren Beobachterstatus in der EL beendet, sie steht auf dem Standpunkt, die EU ist nicht reformierbar, und der Kampf sei gegen die Aufgabe nationaler Souveränität mit der Perspektive eines Austritts aus der EU und der Eurozone zu führen. Dieser Kampf der Arbeiterklasse und anderer Schichten gegen die EU ist zugleich gegen die eigene Monopolbourgeoisie gerichtet und ebnet einen

antimonopolistischen und antiimperialistischen Weg für einen solidarischen und gleichberechtigten Zusammenschluss der Völker.

- Es werden die Inhalte europäischer kommunistischer Parteien dargestellt, die mit verschiedenen Ausgangslagen und mit unterschiedlichen Stoßrichtungen versuchen, die Politik des Monopolkapitals zu bekämpfen.
- Ferner sind die Erfahrungen der „Lexit“ (Left Exit)-Bewegung und der KP Britanniens beim sog. Brexit für uns wichtig, da es sich um eine Auseinandersetzung in einem imperialistischen Hauptland gehandelt hat.

4. Redaktionelle Beiträge

Eine Bildungszeitung sollte ca. 24 Seiten DIN A4 (ca. 72.000 Zeichen) umfassen, um innerhalb eines halben Jahres im Rahmen von 3 Bildungsabenden behandelt werden zu können. Die Bildungszeitung ist demnach gegliedert in 3 Abschnitte, die auf jeweils einem Bildungsabend behandelt werden können. Darüber hinaus soll Referentenmaterial geben, das online veröffentlicht wird.

Intro: Inhalt und Ziele der Bildungszeitung (4.000 Zeichen)

Abschnitt I: Die EU als Instrument im Interesse der führenden Imperialismen (vor allem Deutschlands)

1. Staatsmonopolistischer Kapitalismus, Charakter und Geschichte der EU (10.000 Zeichen)
2. Die Ursachen der Eurokrise (10.000 Zeichen)

Abschnitt II: Europa-Ideologien

1. Ideologien im Allgemeinen und historische Europa-Ideologien (10.000 Zeichen),
2. Moderne Europa-Ideologien (10.000 Zeichen)

Abschnitt III: Rechte Parteien und Gegenwehr der Arbeiterklasse

1. Europa-Positionen der AfD (8.000 Zeichen)
2. Positionen Europäischer KPen zur EU (6.000 Zeichen)
3. „Left Exit“ und KP Britannien zum sog. Brexit (8.000 Zeichen)

Referentenmaterial (online)

Rezensionen und Originalquellen, weiterführendes Material

5. Vorbereitungsseminare

In Form von regionalen Seminaren soll die Arbeit mit der Bildungszeitung vorbereitet werden. Es richtet sich an die Bildungsverantwortlichen in den Bezirken und Gruppen.

Es umfasst die Bestandteile:

- Ein einführendes Referat / eine Präsentation über den „roten Faden“ der Bildungseinheit, d.h. eine inhaltliche Einführung
- Ggf. Weiterführende Workshops zu inhaltlichen Fragen
- Ein Workshop zur Gestaltung eines Bildungsabends mit der Bildungszeitung

Der Stoffumfang orientiert sich an der Bildungszeitung. Die Einführung und die Workshops dürfen demnach einzelne Aspekte vertiefen, das Hauptziel besteht jedoch darin, den Inhalt der Bildungszeitung zu motivieren und ihn zu veranschaulichen, um den Bildungsverantwortlichen Hilfsmittel zur Durchführung der Bildungseinheit an die Hand zu geben. Zielstellung ist die Absicherung von 2-3 regionalen Seminaren (Hannover, Frankfurt, Osten), in Zusammenarbeit mit den Bezirken.

6. Zeitplan und Verantwortlichkeiten

Ende September: Erste Rohmaterialien, Redaktionstreffen

6./7. Oktober: 4. PV-Tagung, Beschluss der Konzeption (ggf. mit Änderungen)

Endredaktion: Ende Oktober

Layout: Bis Mitte November
Ende November-Dezember: Vorbereitungsseminare
Artikelanfragen: Pablo G.
Redaktion: Pablo G., Hans-Peter B, Michaela S.
Korrekturlesung: Guggi V.

Vorbereitung der Seminare:
- Hannover: Kurt B, Michaela S.
- Frankfurt/M: Pablo G, Reiner K.
- Osten: Hans-Peter B.

(einstimmig angenommen bei 1 Enthaltung)

Jugendkommission der DKP

1. Der Parteivorstand bildet eine Jugendkommission mit dem Genossen Jan S. als Leiter.
2. Die Bezirke und Landesorganisationen der DKP werden aufgefordert, VertreterInnen in die Jugendkommission zu entsenden.
3. Erste Aufgabe der Jugendkommission ist die Absicherung des DKP-Beitrags auf dem Festival der Jugend 2019. Das Festival findet unter dem Motto "Zeit für Widerstand!" vom 7. - 10. Juni 2019 in Köln im Jugendpark am Rhein statt.

Der Beitrag der DKP umfasst neben dem inhaltlichen Auftreten, organisatorische und finanzielle Unterstützung. Zur organisatorischen Unterstützung gehören erneut Hilfe beim Auf- und Abbau und der Durchführung vor allem im Versorgungsbereich.

Zum inhaltlichen Beitrag der DKP gehören neben einem Infostand des UZ-Shops fünf Diskussionsrunden, die in das Gesamtprogramm integriert werden, - darunter eine Eintrittsrunde und eine Runde des gastgebenden DKP-Bezirks Rheinland-Westfalen. Gemeinsam mit der SDAJ organisiert die DKP erneut das Programm der Kleinkunstabühne.

Eine konkrete Beschlussvorlage auch mit Mobilisierungsmaßnahmen- und -zielen wird der 5. PV-Tagung vorgelegt.

(einstimmig angenommen)

Unterlagen der DKP Brandenburg

Der Parteivorstand fordert Genossen Mario Berrios-Miranda auf, der neuen Landesleitung oder dem Parteivorstand bis zum 21. Oktober 2018 alle noch in seinem Besitz befindlichen Unterlagen der Landesorganisation Brandenburg zu übergeben. Dies sind:

- Miet- und andere Verträge, Vereinbarungen und Schriftverkehr sämtlicher Art
- die Unterlagen zu Landesmitgliederversammlungen, Wahlen sowie die entsprechenden Protokolle
- Parteiunterlagen wie Adresslisten oder Karteien, Mitgliederunterlagen und Arbeitsmaterialien
- Verträge und Zugangsdaten der Webpräsenz der Landesorganisation. Zugangsdaten, Kennwörter, Schlüssel etc. sowie ggf. entsprechende Datenträger, auch die Zugangsdaten/Kennwörter des Email-Servers "@dkpbrandenburg.de."
- Stempel sowie Mitgliedsbücher.

(einstimmig angenommen)

Auftreten der DKP am Luxemburg-Liebknecht-Wochenende 2019

Das Luxemburg-Liebknecht-Wochenende am 12./13. Januar 2019 ist unser politischer Jahresauftakt 2019. 100 Jahre nach der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts ist es uns ein besonderes Anliegen an die beiden Arbeiterführer, Mitbegründer der KPD und konsequenten Kriegsgegner zu erinnern.

Der DKP-Parteivorstand ruft die Mitglieder der DKP auf, sich zahlreich an der Ehrung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin zu beteiligen und das direkte Umfeld, also Freunde und Bündnispartner, zu mobilisieren. Wir rufen insbesondere zur LL-Demonstration auf, die am Sonntag, den 13. Januar, zum Friedhof der Sozialisten nach Friedrichsfelde zieht. Wir mobilisieren zu einem kräftigen DKP-Block, den wir als Antikriegsblock gestalten.

Ein Schwerpunkt in der Agitation am LL-Wochenende liegt auf der Unterschriftensammlung zur Absicherung unserer Kandidatur bei den EU-Wahlen und damit ihrer Bekanntmachung. Hierzu wird es ein Öffentlichkeitsmaterial mit den wesentlichen Inhalten unseres Wahlkampfes geben. Darüber hinaus werben wir vor allem für die UZ und gewinnen UZ-ProbeleserInnen.

Die Aktivitäten am LL-Wochenende werden gemeinsam vom Parteivorstand, seiner Internationalen Kommission und der Berliner Landesorganisation vorbereitet und durchgeführt.

Die DKP mobilisiert zu folgenden Aktivitäten:

1. Rosa-Luxemburg-Konferenz (RLK) der Tageszeitung junge Welt, Samstag 12. Januar 2019

Die RLK findet erneut im Hotel Mercure in Berlin Moabit statt. Als Mitveranstalter beteiligen wir uns an der inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitung, Mobilisierung und Durchführung der Konferenz. Wir unterstützen die Konferenz in den Bereichen Sicherheit und Helferversorgung. Im Rahmen der Konferenz organisiert die DKP das Café K sowie zwei Infostände.

2. LLL-Treffen der DKP, Samstag 12. Januar 2019

Ebenfalls im Hotel Mercure findet unser traditionelles LLL-Treffen statt. Als Bestandteile der Veranstaltung werden vorgeschlagen:

- Rede des Vorsitzenden der DKP, Patrik Köbele
- Grußwort eines Internationalen Gastes
- Grußwort der SDAJ
- Antikriegs-Quiz „Schätzen Sie mal, ...“
- Hartmut König & Rotfuchs-Singecub (Programm zum mitsingen)

3. LL-Demonstration, Sonntag, 13. Januar 2019

Die DKP ist Bestandteil des LL-Demo-Bündnisses, unterstützt die Demonstration und übernimmt organisatorische Aufgaben. Wir beteiligen uns mit einem starken DKP-Block mit Leittransparent, weiteren Sichtelemente und einem Lautsprecherwagen an dem Zug nach Friedrichsfelde. In Friedrichsfelde werden wir die Demonstranten erneut mit einem Info- und Versorgungsstand begrüßen.

4. Weitere Schritte

Konkretisierungen zu/r

- inhaltlichen Beteiligung an der Rosa-Luxemburg-Konferenz
- inhaltlichen Ausgestaltung des LLL-Treffens
- Agitationsmaterialien

Verantwortlichkeiten liegen der 5. PV-Tagung vor.

(einstimmig angenommen)

Solidaritätsschreiben an die KP der DVR

Liebe Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Partei der Donezker Volksrepublik,

mit Entsetzen haben wir von dem Terroranschlag auf euren 4. Parteitag erfahren, bei dem vier Menschen verletzt wurden. Der Parteivorstand der Deutschen Kommunistischen Partei verurteilt diesen Anschlag, der unserer Auffassung nach das Ziel hatte, die Lage in der DVR zu destabilisieren und die Beteiligung der Kommunisten und damit einer konsequent sozialistischen und antioligarchischen Kraft an den bevorstehenden Wahlen zu verhindern, entschieden.

Wir sind überzeugt, dass Ihr weiter für eine fortschrittliche Entwicklung Eures Landes kämpfen werdet. Wir stehen dabei solidarisch an Eurer Seite.

Wir wünschen den verletzten Genossinnen und Genossen eine schnelle Genesung und Euch allen Erfolg bei der Umsetzung Eurer Ziele.

(einstimmig angenommen)

20. Internationales Treffen der Kommunistischen und Arbeiterparteien

Zum Treffen der KPen und Arbeiterparteien (23. bis 25.11.2018 in Athen) delegiert der Parteivorstand die Genossin Renate Koppe und den Genossen Günter Pohl.

(einstimmig angenommen)

Veranstaltung für die Abschaltung von AKW in Belgien

Für die DKP nimmt Genossin Tina Sanders an einer öffentlichen Veranstaltung für die Abschaltung der beiden belgischen Atomkraftwerke Doel 2 und Tihange 2 im November in Belgien teil. Es handelt sich um eine gemeinsame Aktion u. a. der Partei der Arbeit Belgien (PTB), Transform europe, und der LINKEN.

(einstimmig beschlossen)

Geschäftsverteilung für die Bezirksschiedskommissionen (auf Antrag der ZSK)



(einstimmig angenommen)

4. Tagung des Parteivorstands der DKP

6./7. Oktober 2018, Essen

Weitere Materialien

Auswertung des 20. UZ-Pressfest als Diskussionsgrundlage

1. Allgemein zur Vorlage

Bisher gab es keine Auswertung in der Pressefestkommission und der technischen Leitung. Auch Auswertungen einzelner Bereiche mit den Verantwortlichen und Auswertungen der Bezirke sowie der HelferInnen sind noch nicht eingeflossen. Daher ist vieles bruchstückhaft, muss ergänzt und ggf. auch korrigiert werden. Mündlich ergänzt werden Auswertungen für die Bereiche Finanzen sowie Werbung/Agitation. Die folgende Auswertung erhebt also keinen Anspruch auf Vollständigkeit und dient als Diskussionsgrundlage.

Viele Genossinnen und Genossen haben Verantwortung in den unterschiedlichsten Bereichen auf dem Fest wahrgenommen, zum Teil zum ersten Mal. Viel Dank ist ausgesprochen worden. In dieser Vorlage wiederholen wir das nicht und nehmen keine Einzelwertungen vor. Das Gesamtergebnis sagt, dass alle einen guten Job gemacht haben.

2. Allgemein zur Auswertung des 20. UZ-Pressfestes

Das 20. UZ-Pressfest, das vom 7. - 9. September in Dortmund stattfand, war erneut ein großer Erfolg für die DKP. Mit "mehr als 40.000" Gästen konnten wir die TeilnehmerInnenzahl gegenüber 2016 steigern. Zu diesem Erfolg trugen die Veranstaltungen auf der Hauptbühne, das Ska-Konzert am Freitag sowie das Antikriegsmeeting und die Auftritte von Esther Bejarano, der Microphone Mafia und Konstantin Wecker bei. Gesteigert hat sich auch die Anzahl der Bündnispartner und Organisationen, die sich mit einem Stand an unserem Fest beteiligt haben. Die vermietete Standfläche konnte verdoppelt werden.

Das UZ-Pressfest im September durchzuführen, war vor allem durch den 22. Parteitag im März 2018 und die Termingebung des Revierparks bestimmt. Der Termin hat sich aber - ohne daraus einen Automatismus machen zu wollen - bewährt. Das Wetter war beständig und mit der frühen Dunkelheit konnten wir gut umgehen. In der Vorbereitung haben wir, vor allem die Bezirke, die Auswirkungen des Sommerlochs zu wenig berücksichtigt. Das hat die Mobilisierung vor allem von HelferInnen erschwert.

Die strengen Auflagen der Stadt Dortmund, insbesondere die Begrenzung des Musikprogramms auf 22 Uhr, konnten wir - auch auf Grund des Septembertermins - gut einhalten. Sie taten der Stimmung keinen Abbruch, können sich aber finanziell bemerkbar machen. Die Zusammenarbeit mit den Behörden der Stadt, aber vor allem dem Revierpark Wischlingen war erneut sehr gut.

Folgende Punkte sind positiv hervorzuheben:

Das Fest war von einer positiven und sehr solidarischen Stimmung geprägt. Es war ein sehr politisches Fest mit großer Aufmerksamkeit für das angebotene Programm. Die Umgestaltung insbesondere des Hauptplatzes ist vielfach positiv gewertet worden.

Erneut konnten wir viele junge Gäste begrüßen. Dazu beigetragen hat auch eine gute Mobilisierung der SDAJ und ihr gelungener Jugendbereich.

Die Rolle der Internationalen Gäste ist durch das Internationale Zelt und ihre stärkere Einbeziehung in das Programm erhöht worden und hat den internationalistischen Charakter des Festes verstärkt. Die Genossinnen und Genossen - in Rekordzahl - waren nicht nur Gäste, sondern gefragte GesprächspartnerInnen. Auch die Casa Cuba mit zum Teil neuer Mannschaft und gutem Programm war erneut ein Anziehungspunkt.

Auch der Helferbereich - Auf- und Abbau sowie Durchführung des Festes inklusive der Sicherheit - war geprägt von solidarischer Zusammenarbeit und positiver Stimmung. Vor allem für den Aufbau konnten viele neue und jüngere GenossInnen gewonnen werden. Eine Reihe von Neuerungen, wie

der Verzicht auf einen Caterer für die Helferversorgung, sind sehr gut aufgegangen. Es ist insgesamt gelungen, die Organisation auf mehr Schultern zu verteilen und Wissen weiterzugeben. Zu den Errungenschaften für die Zukunft gehören unter anderem die vierköpfige technische Leitung, die Verstärkung des Org-Büros, die Einbeziehung jüngerer GenossInnen in die Leitung im Sicherheitsbereich. Auch in der Programmgestaltung übernahmen jüngere GenossInnen Verantwortung. Auch dank der eingespielten Pressefestleitung, die sich als Trio bewährt hat, konnten Reibungsverluste zwischen alt und neu, die es natürlich gab, ausgeglichen werden.

Die Mitglieder des Parteivorstandes und insbesondere der UZ-Redaktion haben ihre Aufgabe als Veranstalter des Festes stärker wahrgenommen und "Gesicht gezeigt" – als ReferentInnen, DiskussionspartnerInnen, ModeratorInnen, in der Agitation und bei etlichen praktischen Tätigkeiten. Bei Auf- und Abbau kann hier durchaus nachgearbeitet werden.

Folgende Punkte sind kritisch auszuwerten:

Im Finanzbereich ist es bis zum Ende nicht gelungen, bei Buttonverkauf und Zuschüssen aus den Gliederungen der Partei, auf die beschlossenen Summen zu kommen und den negativen Trend umzukehren. Bis auf das Sommerloch gab es dazu bisher keine ausreichenden Erklärungen.

Die Werbemaßnahmen in Dortmund und Umgebung konnten nur dank der SDAJ und ihrer Einsätze mit dem DKP-Mobil in geplantem Umfang durchgeführt werden. Die DKP Dortmund hatte frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, dass sie das Maß der Werbung von 2016 nicht schaffen wird. Die zentralen Aktionstage in Verantwortung der Bezirke Ruhr- und Rheinland-Westfalen müssen besser vorbereitet und koordiniert werden bzw. ggf. anders organisiert und stärker von der Zentrale unterstützt werden.

Der Abbau des Festes hat auch geklappt – allerdings mit deutlich weniger als den gemeldeten HelferInnen. Hier müssen die schwarzen Löcher (Abbau der Bezirke?) aufgefunden gemacht werden.

4. Zielstellung

Das 20. UZ-Pressfest sollte laut unserer auf der 1. PV-Tagung beschlossenen Zielstellung

- einen Beitrag zur Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung und Zusammenführung fortschrittlicher Kräfte leisten
- die Diskussion unter diesen Kräften auch um strategische Fragen fördern
- DKP und SDAJ stärken
- die UZ durch die Gewinnung neuer LeserInnen stärken
- durch Button-Verkauf und Spendensammlung finanziert werden

In den zentralen Diskussionsrunden zu Aufgaben der Friedensbewegung, zur Einschätzung der Rechtsentwicklung, zur Bedeutung des Kampfes um Personalbemessung und zur Arbeitszeitverkürzung haben wir die Diskussion mit wichtigen Bündnispartnern und VertreterInnen der DGB-Gewerkschaften gesucht und befördert. Auch in den Diskussionsrunden der Bezirke und Bündnispartner ging es vielfach um gemeinsame Handlungsoptionen und Strategiebestimmung. Die gemeinsame Erklärung zu den Ereignissen in Chemnitz und anderswo von Patrik Köbele und Hans Bauer, Vorsitzender der Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung beispielsweise kann als Ergebnis des UZ-Pressfestes gewertet werden.

Einen wichtigen Beitrag für die weitere Arbeit und Vernetzung leisteten die Branchentreffen von Beschäftigten im Gesundheits- und im Bildungs- und Erziehungswesen.

In der Bewegung strittige Fragen wie zum Beispiel die Einschätzung des Syrien-Konfliktes oder die Rolle der Türkei und Positionen der DKP wie unsere Losung „Frieden mit Russland“ und unsere Haltung zum real existierenden Sozialismus, vor allem zur DDR, wurden nicht nur angefasst, sondern wie auf dem Antikriegsmeeting und dem Leninplatz selbstbewusst und mutig vertreten und ausargumentiert.

Inwieweit Programm und Diskussion insgesamt dem formulierten Anspruch gerecht werden konnten, und ob Schlussfolgerungen für die Praxis gezogen werden können bzw. müssen, muss unter anderem in den Kommissionen des Parteivorstandes genauer ausgewertet werden. Unstrittig ist aber sicher,

dass das Fest erneut Treffpunkt für Linke über Partei- und Organisationsgrenzen hinweg war, und dass es ungezählte Diskussionen, Gespräche und Verabredungen auch fernab der Podien gab.

Die organisationspolitischen Zielstellungen konnten nur zum Teil erfüllt werden. Positiv können wir die Neuaufnahmen werten. Auf dem Fest wurden 20 Mitgliedsanträge im Org-Büro abgegeben. Mindestens fünf davon wurden im zentralen Helferbereich ausgefüllt. Weitere Anträge wurden nach dem Fest gemeldet. Sicher können wir mit den 25 Neuanträgen, die wir uns vorgenommen hatten, rechnen. Wahrscheinlich werden es noch einige mehr werden. Zur Erreichung dieser Zielstellung hatten wir in der Konzeption vor allem auf das planmäßige Herangehen der Bezirke und Grundorganisationen bei der Mobilisierung ihres Umfeldes zum Pressefest orientiert. Wir sollten auswerten, inwieweit die Neuaufnahmen tatsächlich planmäßig zustande kamen oder Zufallsprodukt waren.

Positiv war das Auftreten der Genossinnen und Genossen der Karl-Liebknecht-Schule mit eigenem Stand und offensiver Werbung für das Schulungsprogramm und die Sanierung der KLS.

Negativ ist die Bilanz bei der Gewinnung von neuen UZ-LeserInnen bzw. von Probe-LeserInnen. Hier müssen wir auswerten, warum wir uns trotz gut organisierter Agitation schwer getan haben.

Ergebnisse in der Agitation der SDAJ und der Marxistischen Blätter müssen nachgetragen werden.

4. Politische Ausrichtung

Entsprechend der Schwerpunktsetzung des 22. Parteitages sollte das 20. UZ-Pressefest vor allem ein "Fest des Friedens" werden. Die Kampagne "abrüsten statt aufrüsten" sollte die Mobilisierung zum Fest flankieren und die Übergabe von 30.000 Unterschriften einen Höhepunkt des Festes markieren.

Das Programm sollte sich an dem Dreiklang „Für Frieden, Arbeit, Solidarität“ und den Geburtstagen von Karl Marx, KPD, DKP und SDAJ orientieren. Es ist uns insgesamt gelungen, diesen Dreiklang sowie die Geburtstage im zentralen Programm und den Programmen der Bezirke zu setzen. Das betrifft sowohl die Diskussionsangebote wie das kulturelle Programm. Qualität und Beteiligung an den einzelnen Programmpunkten müssen im Einzelnen ausgewertet werden.

Frieden

Herausragend war das gut besuchte und gemachte Antikriegsmeeting, wobei es ähnlich 2016 nicht ausreichend gelungen ist, „die Partei“ auf das Meeting als zentrale Veranstaltung des Festes mit der Begrüßung unserer internationalen Gäste zu orientieren. Das Antikriegsmeeting war auch der Ort der Übergabe von bis dato knapp 28.000 Unterschriften unter den Appell „abrüsten statt aufrüsten“ an Rainer Braun, einer der Initiatoren der Kampagne.

Die beiden zentralen Runden „Nahost im Fadenkreuz“ mit internationalen Gästen und die Runde „Friedensbewegung wie weiter?“ waren in der Kunst- und Kulturhalle prominent platziert; die jeweils frühe Uhrzeit wirkte sich allerdings negativ auf die TeilnehmerInnenzahl aus. Auch in den Bezirksbeiträgen spielte das Thema Frieden und Frieden mit Russland sowie die Arbeit von Friedensinitiativen eine große Rolle.

Die Dekoration der Türme und der Hauptbühne entsprachen der Ausrichtung. Insgesamt fehlten aber durchgehende Deko-Elemente.

Arbeit

Die zentralen Runden zur Arbeitszeitverkürzung und zur Personalbemessen fanden in den Bezirksbeiträgen von Ruhr- und Rheinland-Westfalen sowie Rheinland-Pfalz und dem Saarland statt. Sie waren gut besucht und gut besetzt. Leider ist es nicht gelungen, sie zeitlich auseinander zu nehmen. Zusätzlich gab es erfolgreiche Branchentreffen von Beschäftigten und Aktiven im Gesundheitswesen und im Bildungs- und Erziehungsbereich. Das treffen zur Erwerbslosenarbeit fand mangels TeilnehmerInnen nicht statt.

Gut gelungen ist die Einbeziehung und Aufnahme der Streikenden der Unikliniken Essen und Düsseldorf, u. a. am Samstag auf der Hauptbühne.

Solidarität

Es war gut und richtig, den Stellenwert unserer internationalen Gäste zu erhöhen, sie auf der Hauptbühne im Rahmen des Antikriegsmeetings zu begrüßen, und ihnen ein eigenes Zelt zur Verfügung zu stellen. Sie waren wichtiger und erkennbarer Teil des Festes. Die KKE und zwei TKPen kamen mit eigenen Programmzelten, die gut besucht waren. Auch eine Gruppe syrischer KommunistInnen kam organisiert zum Fest.

Die Casa Cuba war erneut ein Treffpunkt von Gruppen, Organisationen und Aktiven der Kubasolidarität. Das Programm u. a. mit dem kubanischen Botschafter, einer Genossin des UJC aus Kuba, Kuba-KennerInnen und internationalen Gästen war sehr gut und ist ebenso angenommen worden.

5. Kulturprogramm

Das Kulturprogramm war kein Beiwerk, sondern Bestandteil des politischen Programms. Das Fest war ein Treffpunkt fortschrittlicher und linker Künstlerinnen und Künstler, die es auch als Ort des Austausches wahrgenommen haben. Neben vielen GenossInnen und FreundInnen, die das Programm des Pressefestes seit Jahren mit uns gestalten, kamen zum Beispiel mit Pit Budde & Karibuni, Calum Baird aus Schottland und The Pokes neue Gesichter hinzu.

Es ist erneut gelungen, eine gute Mischung aus LiedermacherInnen und Bands verschiedenerer Generationen hinzubekommen. Mit „Frau Kapital und Dr. Marx“ des Weber-Herzog-Musiktheater und dem Stück „Rosa trotz alledem“ sowie Lesungen unter anderem von Rolf Becker wurde das Programm erweitert. Hier gab es allerdings in der Vorbereitung das Bemühen um weitere Formate wie Poetry Slam und der Auftritt von Chören, die nicht umgesetzt werden konnten.

Nach einigen Versuchen ist es in diesem Jahr gelungen, am Freitag ein erfolgreiches Konzert auf der Hautbühne zu organisieren, das zusätzliches Publikum zum Fest mobilisiert hat. Zu den kulturellen Höhepunkten gehörte das Programm in der Kunst- und Kulturhalle auf der Karl-Marx-Bühne. Die sehr anspruchsvollen Veranstaltungen waren vor allem wegen des guten Wetters leider nicht alle entsprechend besucht.

Es ist gut gelungen, die zentral gewonnenen Künstlerinnen und Künstler auf die verschiedenen Bühnen auch der Bezirke zu verteilen. Die Bühnenkonstellation war insgesamt gelungen. Nicht zu Ende gedacht ist nach wie vor der Standort der Kleinkunsthöhne. Hier musste mindestens ein Programmpunkt wegen des Programms auf der Hauptbühne abgebrochen werden. Auch das Stellen von zwei Bühnen in der Kunst-und-Kulturhalle war akustisch schwierig.

Die Bezirke haben sich auf Wunsch der Zentrale beim eigenständigen Programm zurückgenommen, so dass das Programm weniger (!) überfrachtet war als 2016. Allerdings haben wir es erneut nicht geschafft, für die Auftritte der zentralen Künstlerinnen und Künstler finanzielle Absprachen und Regelungen mit den Bezirken zu treffen.

Die Erarbeitung des Kulturprogramms und die Arbeit in diesem Bereich auf mehr Schultern zu verteilen und kollektiver zu gestalten, konnte nicht umgesetzt werden. Neben der Gesamtverantwortung – auch hier konnten wir einen Generationswechsel vollziehen – wurden die Kleinkunsthöhne und die Karl-Marx-Bühne eigenständig organisiert. Eine Arbeitsgruppe ist aus verschiedenen Gründen nicht zustande gekommen. Nach wie vor fehlt uns eine arbeitende Kulturkommission, die hier helfen könnte. Es gibt erneut die Überlegung, das Fest gemeinsam mit Künstlerinnen und Künstlern aus zu werten.

6. Zentrale Bereiche

Hauptbühne

Die Hauptbühne – zum gelungenen Programm ist genug gesagt – hat am Ende des Pressefestgeländes und auf befestigtem Untergrund einen sehr guten Standort gefunden. Sie erfüllte bei den Hauptkonzerten ihren Zweck und war im Ruhezustand kein Fremdkörper mehr.

Kunst- und Literaturhalle

Das Programm und Angebot in der Kunst- und Kulturhalle (Eishalle) war insgesamt von hoher Qualität. Die neuen Elemente UZ-Tribüne und Café K waren keine Überfrachtung, sondern eine Bereicherung – wobei die zweite Bühne trotz besserer Schallschutzmaßnahmen zum Teil kompliziert war. Das gilt allerdings auch für das Abbauen der Stände während der Lesung von Rolf Becker am Sonntag Nachmittag.

Hilfreich war, dass es dieses Mal einen Verantwortlichen für den Aufbau in der Halle gab. Negativ bleibt, das bis zum Ende eine Gesamtverantwortlichkeit für die Halle, die viele Einzelbereiche umfasste, fehlte. Sollte es weitere Pressefeste in Dortmund geben, sollte für die Nutzung der Halle eine Gesamtkonzeption erstellt werden

*** Karl-Marx-Bühne**

Das hochkarätige Programm zum 200. Geburtstag von Karl Marx und zu 100 Jahre Novemberrevolution war leider nicht durchgehend entsprechend besucht. Ein Hauptgrund dürfte das gute Wetter gewesen sein. Hinzu kamen organisatorische und technische Mängel.

*** UZ-Tribüne**

Die UZ-Tribüne im unteren Teil der Halle war eine Neuerung, die optisch gut gelöst und deren Programm, zum Beispiel die Diskussion mit UZ-Autoren zu Syrien oder die kulturpolitische Debatte, zum Teil sehr gut besucht war. Die Entscheidung, dass die UZ-Redaktion ihren festen Platz und ihr eigenes Programm hat, war richtig. Der Standort muss überdacht werden. Möglicherweise ist die obere Bühne der richtige Ort.

*** Kunstausstellung & Buchmarkt**

Die Kunstausstellung war kleiner als 2016, aber deutlich einladender und besser präsentiert. Die Sonderausstellung von Dieter Süverkrüp war ein zusätzlicher Anziehungspunkt. Ausstellung und Buchmarkt müssen kollektiver von einer Arbeitsgruppe vorbereitet werden. Ebenfalls besser präsentiert war der Buchmarkt mit einem guten Angebot zum Stöbern.

*** Café K**

Das Café K war ein Treffpunkt und rundete das Angebot in der Kunst- und-Literaturhalle ab. Es gab ein gutes Angebot an Speisen- und Getränken und Platz um gemütlich beisamenzusitzen und zu reden.

Kleinkunstabühne

Die Kleinkunstabühne an der Kogge hat sich erneut bewährt. Vom Standort her wurde sie allerdings durch die Hauptbühne beeinträchtigt und sie selbst störte das Filmzelt zum Teil erheblich. Nicht geklappt hat es, das Niedersachsen-Zelt und die Kleinkunstabühne stärker zusammenzubinden (bei gutem Wetter Programm draußen; bei schlechtem drin).

Jugendbereich

Der Jugendbereich ist von der SDAJ inhaltlich wie optisch sehr gut gestaltet worden und hatte in der Mitte des Festgeländes seinen richtigen Platz. Darüber hinaus war die SDAJ beteiligt am Antikriegsmeeting und organisierte eine Runde „50 Jahre Kampfgemeinschaft DKP und SDAJ“.

Kinderfest

Das Kinderfest hatte ein sehr attraktives Angebot und war zum Beispiel durch die Ralley über das Gelände und den UZ-Workshop gut in das Fest eingebunden. Mit Hüpfburg, Kindereisenbahn und Popcornmaschine war es auch sehr gut ausgestattet. Der Standort ganz am Anfang des Festes war eher ungünstig und zu „randständig“.

Es ist nicht gelungen, einen Bezirk oder eine Kreisorganisation zu gewinnen, der/die das Kinderfest verantwortlich betreut. Die gemischte Gruppe, die sich gefunden hat, diese Aufgabe zu übernehmen, war aber sehr gut und ausreichend.

Internationales Zelt/Oskar-Maria-Graf-Zelt

Das internationale Zelt gehört zu den positiven Neuerungen des Festes und wurde gut durch die Internationale Kommission und die bayerischen Bezirke organisiert.

Filmzelt

Das Filmzelt mit LED-Leinwand und attraktivem Programm war in das Zelt der Bezirke Rheinland-Pfalz und Saarland (Der wilde Südwesten –Ganz großes Kino) integriert. Der Standort war leider - zu weit entfernt vom Hauptweg und beschallt durch die Kleinkunsthöhne - nicht gut gewählt.

7. Bezirke und Landesorganisationen

Alle Bezirke und Landesorganisationen beteiligten sich mit eigenen Programmpunkten am 20. UZ-Pressesfest. Gemeinsame Beiträge wurden von den Bezirken Ruhr- und Rheinland-Westfalen (Roter Markt), Hessen und Baden-Württemberg, den ostdeutschen Bundesländern und Berlin (Leninplatz), den Nordlichtern & Niedersachsen und Rheinland-Pfalz und Saarland organisiert. Die Bezirke Süd- und Nordbayern unterstützten das Internationale Zelt, gestalteten aber auch eigene Programmpunkte. Die Dortmunder Kreisorganisation organisierte als Gastgeberin erneut die Perle vom Borsigplatz.

Trotz vieler Überlastungssignale im Vorfeld haben am Ende alle Bezirke in das Fest gefunden und ihre Bezirksbeiträge inhaltlich und organisatorisch gut organisieren können. Auch die zentralen HelferInnen konnten von den Bezirken im Großen und Ganzen entsprechend den Anforderungen gestellt werden. Bei der Sicherheit muss was Zahlen und zum Teil Qualität angeht nachgearbeitet werden.

Schwierigkeiten hatten die Bezirke Rheinland-Pfalz/Saarland vor allem durch den Standort und Niedersachsen durch fehlende HelferInnen.

8. Bündnispartner & Gäste

Wir hatten eine deutliche Erhöhung der Beteiligung von Bündnispartnern mit Info- und Kleinständen, was eine Aussage zum Stellenwert des UZ-Pressesfestes in der linken Bewegung ist.

Mit eigenen und sehr engagierten Programmen beteiligten sich die SDAJ (Jugendbereich), die Marx-Engels-Stiftung und die Marxistischen Blätter (MASCH-Programm), die Tageszeitung junge Welt und das Magazin Melodie & Rhythmus, das DDR-Kabinett und die Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung (GRH), die Bundestagsfraktion der Partei Die Linke und die VVN/BdA mit Heideruh.

An dem Empfang von Parteivorstand und UZ-Redaktion an der UZ-Tribüne am Samstag mittag beteiligten sich nur etwa 25 Gäste. Es war ein Versuch, der richtig war, aber besser gemacht werden kann.

9. Fazit

Das UZ-Pressesfest ist ein wichtiger Bestandteil der politischen Kultur in diesem Land, ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der außerparlamentarischen Bewegung und zur Stärkung von DKP, SDAJ und ihren und ihr nahestehenden Medien. Es ist ein Fest, das ausstrahlt und mit dem wir unsere Inhalte an Tausende herantragen und zur Diskussion stellen.

Die Bereitschaft auch von jüngeren Genossinnen und Genossen dieses Fest auf die Beine zu stellen ist nach wie vor vorhanden. Das Fest ist für uns machbar und wir ziehen Kraft daraus. An verschiedenen Stellen konnten wir jüngere GenossInnen einarbeiten und auch Verantwortung an jüngere GenossInnen übergeben. Gleichzeitig können wir weiter auf die Erfahrungen derjenigen setzen, die das Fest mit Routine organisieren. Es gibt nach diesem 20. UZ-Pressesfest – vorbehaltlich der finanziellen - keine Gründe, nicht auch über ein 21. UZ-Pressesfest nachzudenken.

(einstimmig als Diskussionsgrundlage bestätigt)

Aufruf zur LL-Demo 2019

Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration im Rahmen der Liebknecht-Luxemburg-Ehrung am 13. Januar 2019 um 10.00 Uhr vom U-Bhf. Frankfurter Tor zur Gedenkstätte der Sozialisten in Friedrichsfelde

Wir sagen: TROTZ ALLEDEM!

Jahr um Jahr im Januar kommen Tausende Menschen mit Nelken und Rosen zum Grabmal von Rosa Luxemburg und Karl Liebnecht in Berlin Friedrichsfelde. Und weil dies 2019 der 100. Jahrestag ihrer Ermordung sein wird und der fanatische Ungeist ihrer Mörder vielerorts in Deutschland und Europa eine unheilvolle Auferstehung feiert, soll unser „Trotz alledem!“ unübersehbar werden!

Was hatten diese beiden Wortführer der Linken, Gründer der KPD, verbrochen, dass sie bespitzelt, gefangen, gefoltert und bestialisch umgebracht wurden? Waren sie für immer neue Kriege? Nein, sie waren für dauerhaften Frieden! Wollten sie noch mehr Schweiß und Blut auf dem Altar der Stahlbarone opfern? Nein, sie waren gegen die Ausbeutung unseres und anderer Völker! Dachten sie wie unsere Herrscher: „Viel Feind – viel Ehr!“? Nein, sie wirkten für die Solidarität der Menschen und Völker! Folgten sie den nationalistischen, rassistischen, antisemitischen Rattenfängern? Nein, sie rissen denen die Masken vom Gesicht.

Deshalb sprachen sie auf Kundgebungen, sammelten sie Verbündete, wurden sie eine wachsende Gegenkraft. Eben deshalb wurden sie von den reaktionären Trupps des Freikorps, der Geheimdienste und Reichswehr verfolgt und zuletzt grausam abgeschlachtet. Wie viele andere davor. Die Herrschenden nannten das „Ordnung schaffen!“ Es wurde die Startbahn für Hitlers braune Kolonnen.

Doch am Tag ihrer Ermordung erschien der Artikel „Trotz alledem“ von Karl Liebnecht. Und am Vortag hatte Rosa Luxemburg geschrieben: „Ich war, ich bin, ich werde sein!“

Unser gemeinsames Gedenken löst ihr Gelöbnis ein! Obwohl inzwischen im Osten Europas der Kapitalismus restauriert wurde? Wir sagen: „Trotz alledem!“ Obwohl inzwischen acht superreiche Familien mehr Vermögen haben, als die ärmere Hälfte der Erdbewohner? Obwohl so viele Kriege und Bürgerkriege toben? Obwohl über 65 Millionen Menschen auf der Flucht sind – zwischen Trümmern, Schlauchbooten und Sperrzäunen? Obwohl das starke und reiche Deutschland um Abschieberekorde ringt? Obwohl wieder mal deutsche Truppen an der russischen Grenze stehen und der Präsident der USA seinen Rüstungsetat verdoppelt?

Wir sagen: Gerade deshalb und Trotz alledem!
Und demonstrieren in diesem Geist friedlich am 13. Januar 2019.

Wir wollen keine Festung Europa! Wir wollen eine Welt des Friedens, der Solidarität und des lebenswerten Lebens auf allen Kontinenten!

Das halten wir für möglich: „Trotz alledem!“

(Der DKP-Parteivorstand unterstützt den Aufruf zur LL-Demo 2019)

„Das Pflegepersonalstärkungsgesetz und die Untergrenzen von Spahn sind ein Angriff auf die Pflegenden und die Patienten“

Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) unterstützt den Aktionstag „Soll ist voll“ am 23. Oktober der Gewerkschaft ver.di, bei dem Beschäftigte in den Krankenhäusern bundesweit darauf hinweisen, dass in den Krankenhäusern zwischen dem 23. Oktober und dem 31. Dezember nur deshalb die Versorgung der Patienten sichergestellt ist, weil Pflegekräfte Überstunden machen, über ihre Grenzen gehen und ihre eigene Gesundheit ruinieren.

„Das Pflegepersonalstärkungsgesetz und die Untergrenzenverordnung sind ein klarer Angriff auf die Pflegenden und Patienten in den Krankenhäusern. Und das auch noch unter dem dreisten Deckmantel, für diese Bereiche Verbesserungen herstellen zu wollen.“, fasst Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, die aktuelle Politik des Gesundheitsministers Spahn zusammen. „Der Aktionstag von ver.di ist ein Teil der notwendigen Aktivitäten, den Missstand in den Krankenhäusern zu verändern, insofern ist

es gut, wenn sich viele Beschäftigte beteiligen und der Bundesregierung damit zeigen, wie verärgert sie über die Verweigerungshaltung der Regierungsparteien sind, wirklich etwas für die Pflege zu verändern.“

Als Gradmesser für den notwendigen Personalbedarf die aktuelle Personalausstattung der 25 Prozent deutscher Krankenhäuser mit der schlechtesten Personalsituation festzulegen zeigt, dass die Bundesregierung weiterhin primär die Gewinne der Gesundheitskonzerne sichern will. Die Festlegung von Personal-Untergrenzen nur für die Bereiche Intensivmedizin, Geriatrie, Unfallchirurgie und Kardiologie, die insgesamt deutlich weniger Personal festschreiben, als jetzt schon auf den Stationen vorhanden ist, spricht die gleiche Sprache, vor allem, weil selbst diese Untergrenzen so geplant sind, dass sie von Arbeitgebern gut umgangen werden können, stellt man bei der DKP fest.

Vor diesem Hintergrund muss der Kampf um mehr Personal in den Kliniken weitergehen. Neben Aktionstagen und öffentlicher Empörung braucht es vor allem weitere Belegschaften, die für die Forderung nach mehr Personal auch in den Arbeitskampf gehen, wie jüngst an den Unikliniken Düsseldorf, Essen und Homburg. Wirkliche Eingriffe in die unternehmerische Freiheit und mehr Personal hat es bisher nur an den Kliniken gegeben, an denen Belegschaften dafür in den Streik getreten sind.

„Diese Kämpfe gilt es fortzuführen, aber auch, sie zusammen zu führen mit weiteren Auseinandersetzungen, die z.B. in der Altenpflege und im Sozial- und Erziehungsdienst anstehen. Die grundlegende Frage wird sein, wie viel dieser Gesellschaft Gesundheit und das Soziale wert sind. Aus Sicht der DKP werden deshalb für den Krankenhausbereich langfristige Verbesserungen nur möglich sein, wenn die Unterwerfung der Versorgungsqualität unter die Ökonomie zurückgedreht wird und das DRG-Fallpauschalensystem ersetzt wird durch eine bedarfsorientierte Kostendeckung in der Versorgung. Die Deutsche Kommunistische Partei wird diese Kämpfe jederzeit unterstützen!“, so Köbele abschließend.

(einstimmig als Presseerklärung beschlossen)
